

Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

POLITISCHE VERFOLGUNGEN	5
WILLKÜR DER RECHTSCHUTZORGANE	24
FREIHEIT FRIEDLICHER VERSAMMLUNGEN	30
XENOPHOBIE UND EINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT	33
DISKRIMINIERUNG NACH SPRACHPRINZIP	35
MEINUNGS UND PRESSERFREIHEIT	37

Redaktionskollegium des Bulletins

- **Leonid KRAWTSCHUK** – ehemaliger Präsident der Ukraine (1991-1994), Abgeordneter der Werchownaja Rada der Ukraine, Politbüromitglied der (SDPU(V), Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion der (SDPU(V). Absolvent der Staatlichen Universität zu Kiew, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Träger des Ordens „König Jaroslaw der Weise“ 5. und 4. Klasse.
- **Oleksander TSARENKO** - Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Volksdeputierte der Ukraine.
- **Valentyna VORONKOVA** - Doktor der philosophischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Management der Organisationen bei der Staatlichen Ingenieurakademie in Saporoschje, Akademikerin der Ukrainischen Akademie für politische Wissenschaften, Akademikerin der Internationalen Akademie der Wissenschaften der Hochschule (Moskau).
- **Mykhaylo SHUTOV** - Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor der Donetsker Staatlichen Medizinuniversität von Maksym Gorky, Verdienter Arzt der Ukraine.
- **Oleksiy FEDYAKIN** - Doktor der technischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Informationstechnologien bei der Ukrainischen staatlichen chemisch-technologischen Universität (Dnepropetrowsk).

Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

Ausführlichere Informationen über die politischen Repressalien in der Ukraine können Sie auf der Webseite „POLITERROR. Anthologie der politischen Repressalien. Menschenrechtverletzungen in der Ukraine“ (polit-terror.info) finden. Die Webseite beobachtet die ukrainischen Massenmedien, die über grenzenlose Willkürakte der ukrainischen Macht berichten, Sie wird täglich aktualisiert. Auf der Webseite sind ebenfalls die elektronischen Versionen der vorigen Ausgaben dieses Bulletins in Russisch, Englisch und Deutsch vorhanden. Auf den Webseiten „Ohne Zensur“ (bezenczury.info), „Neue Macht“ (novavlada.info), „Patriot. Eine Bibliothek des Antiglobalisten“ (patriot-ua.info) finden Sie kritische Publikationen über Probleme der ukrainischen Innen- und Außenpolitik während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos.

© Zusammenstellung. Wochenzeitung «2000», 2005
© Gestaltung. Entwurf. Verlag «Довіра», 2005

POLITISCHE VERFOLGUNGEN

Eine der wichtigsten Aufgaben der gesellschaftlichen Organisation „Das Bürgerforum „Vereinigen wir die Ukraine!“ liegt darin, die Einstellung der politischen Repressalien zuwege zu bringen



Leonid Krawtschuk

■ Ende September fand in Kiew der Gründungskongress der gesellschaftlichen Organisation „Das Bürgerforum „Vereinigen wir die Ukraine!“ statt. Nach den Worten seines Vorsitzenden, des ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk, werde

sich das Forum um die Einstellung der politisch motivierten Repressionen gegen die Opposition bemühen, auf die Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche hinwirken, partnerschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten fördern sowie die Statusfrage der russischen Sprache in der Ukraine lösen. Dies alles müsse auf dem Rechtswege, nicht durch ideologische Aktivitäten geschehen.

In seinem Vortrag stellte der Leiter der Parlamentsfraktion der SDPU (V)* Leonid Krawtschuk u. a. fest: „Im Land werden politische Repressalien fortgesetzt. Es bildete sich die Situation heraus, in der die eine Hälfte der Nation zum Sieger, während die andere zum Verlierer wurde. Die Haltung der Macht gegenüber ihren politischen Opponenten erweist sich der demokratischen Prinzipien unwürdig, die die Grundlage für die Bildung des unabhängigen ukrainischen Staates geschaffen haben. Die derzeitigen Sieger brechen alle rechtlichen und moralischen Normen, indem sie sich von Rachegefühlen gegen die ehemaligen Opponenten leiten lassen. Zum Alltag ist die Erniedrigung der Menschenwürde geworden, wenn allen Unschuldsvermutungen entgegen Bürger zu Verhören öffentlich in die Staatsanwaltschaft vorgeladen werden, wenn sie in den Augen der Öffentlichkeit ohne gerichtliche Entscheidungen als Verbrecher abgestempelt werden.

Hunderte hoch qualifizierte Fachleute wurden in den verschiedenen Regionen der Ukraine nur wegen ihrer politischen Überzeugungen von der Arbeit entlassen. Es geschieht in der Zeit, wo in unserem Land professionelle Kader stärker als je zuvor gefragt werden. Die Menschen werden weiterhin nach der Trennlinie

* Sozialdemokratische Partei der Ukraine (Vereinigte) – eine zentristisch ausgerichtete Partei, die vom früheren Leiter der Präsidentschaftsadministration, Wiktor Medwedtschuk, geführt wird

„Juschtschenko – Janukowitsch“ geteilt. Obwohl der jetzige Präsident mehrmals hervorgehoben hat, er sei Präsident aller Ukrainer, bestätigen seine und seiner Mannschaft Handlungen, dass die Macht nach wie vor die Menschen in ihre eigenen und die fremden einteilt, in Patrioten und Nicht-Patrioten, in Banditen, Verbrecher, Ehrliche und Unehrlliche. Die politische Konfrontation wurde darüber hinaus durch die regionale ergänzt. Zwischen dem Osten und Westen des Landes existieren weiterhin große Risse. Indem sie sich in den Mantel der Kämpferin um die angebliche Einheit des Landes hüllt, verwendet die Macht diese regionale Spaltung aktiv, um ihre politischen Opponenten niederzudrücken. Als eine sehr brauchbare Methode erweisen sich dabei wissentlich falsche Beschuldigungen im Separatismus, die keiner argumentierten Kritik standhalten können, um den widerspenstigen Osten zu zügeln und die politische Opposition unter Druck zu halten“.

Die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ veröffentlichte Meinungen der Kongressteilnehmer über aktuelle politische Repressionen.

Wie das Mitglied des politischen Rates der politischen Partei „Trudowaja Ukraina“ und Politologe Nikolaj Knjashizkij meint, bemühe sich Juschtschenko durch seine Erklärung über die angebliche Einstellung der politischen Repressalien* nur um den Schutz jener Personen, die die politische Fälschung der Wahl zugunsten der „Orangenen“ betrieben haben:

„Es muss eingesehen werden, dass es in der westlichen und zentralen Ukraine nicht

* Am 22. September fanden im Parlament die Verhandlungen zwischen Wiktor Juschtschenko und dem Chef der Partei der Regionen, Wiktor Janukowitsch, statt, in deren Ergebnis ein Memorandum über Verständigung zwischen der Macht und Opposition unterzeichnet wurde. Dieses Dokument beinhaltet u. a. den Verzicht des Präsidenten auf jegliche Verfolgungen seiner politischen Opponenten

weniger Unregelmäßigkeiten seitens der Anhänger von Wiktor Andrejewitsch gegeben hat als seitens Wiktor Fedorowitschs. Nachdem man es bewiesen hat, wären diese Personen ebenfalls zur Verantwortung zu ziehen. Deshalb halte ich die Erklärung des Präsidenten für einen Verteidigungszug seinerseits. Gefragt aber werden keine Deklarationen, sondern reale Handlungen“.

Der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation „Obschewoinskij sojuz Ukrainy“ Oleg Kalaschnikow ist überzeugt, dass das Bekenntnis der eigenen Fehler seitens des Präsidenten eine positive Erscheinung angesichts der Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft sei.

„Dass man in der Ukraine des dritten Jahrtausends politische Repressalien 9 Monate lang nach dem Sieg der so genannten „orangenen Revolution“ treibt, stellt eine äußerst negative Erscheinung dar, Sie beweist, dass sich in diesen 9 Monaten die Leute in der Staatsmacht befanden, die nicht nur inkompetent waren, sondern den nationalen Interessen der Ukraine schaden“.

Der Volksabgeordnete Michail Dobkin ist überzeugt, dass das Geständnis der politischen Repressalien im Lande vom Präsidenten auf die Verdienste der SDPU (V) zurückzuführen sei:

„Unser Kampf für unsere Genossen, die von den Rechtsschutzorganen aus ausschließlich politischen Motiven verfolgt werden, gewinnt jetzt eine ganz andere Bedeutung. Augenblicklich sind über 20 Sozialdemokraten in Gefängnissen in unterschiedlichen Regionen unseres Landes eingesperrt. Jetzt unternehmen wir dreifache Anstrengungen, indem wir uns auf die Erklärung des Präsidenten über die Einstellung der politischen Repressionen stützen können, damit sie freigelassen werden, zu ihren



Michail Dobkin

Familien zurückkehren und ihre Arbeit für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Ideen in unserem Land fortsetzen können. Ich bin sicher, dass alle Befehle über politische Repressalien gegen konkrete Menschen ausgerechnet vom Präsidenten ausgingen. Er ist der bestimmende Auftraggeber. Die Zeit wird kommen, wo das Geschehen noch bewertet sein wird“.

Der Politologe Wladimir Malinkowitsch prophezeite Repressionen gegen ehemalige Mitstreiter Wiktor Juschtschenkos, die während der politischen Krise am Herbstanfang ihre hohen Posten räumen mussten:

„Der Präsident tätigte mehrere Aussagen zu, die sich anschließend nicht bestätigten. Ich kann deshalb annehmen, dass man auf die Repressionen gegen die ehemalige Gegnermannschaft Juschtschenkos, das heißt gegen die Mannschaft Janukowitschs, verzichten würde. Weil sich doch das unterzeichnete Memorandum auf diese Mannschaft bezieht. Doch ich befürchte, dass die Repressionen gegen die Personen ansetzen würden, die gegangen sind, das heißt gegen die



Wladimir Malinkowitsch

Mannschaft der ehemaligen Premierministerin Julia Timoschenko.

Ich unterscheide zwischen zwei Typen von politischen Repressionen. Der erstere umfasst direkte politische Repressionen, wenn Menschen für ihre politischen Überzeugungen verfolgt werden. Es gibt aber auch eine zweite Variante von politischen Repressionen: wenn man zum Strafgesetzbuch greift oder wirtschaftlichen, steuerlichen und unternehmerischen Druck auf ein Objekt zielgerichtet macht, nur deshalb, weil der Eigentümer dieses Objekts eine bestimmte politische Position bezogen hat. Im betreffenden Fall haben wir es in der Ukraine mit politischen Repressionen des ersten und des zweiten Faktors zu tun.

Also werden Menschen zur Verantwortung für die Wahlfälschungen im vorigen November, das heißt 2004, gezogen. Es scheint Fälschungen tatsächlich gegeben zu haben, doch die sichprobenweise Praxis bestimmt all diese Verfolgungen als politisch. Wieso? Weil nur die Personen verantworten, die sich in der östlichen Ukraine befanden und Janukowitsch unterstützten oder, sagen wir, für Janukowitsch arbeiteten.

Ich bin aber ganz sicher, dass es Fälschun-

gen auch in der westlichen Ukraine gegeben hat. Manche lassen sich sogar leicht festzustellen. Insbesondere daran, dass die Besucherzahl der Wahllokale in den letzten Abendstunden der Abstimmung auf der Novemberwahl unerwartet sprunghaft gestiegen ist. Dies betrifft die Wahllokale im Osten und Westen, doch durch diese Entwicklung zeichnete sich in erster Linie nicht Donezk aus, sondern Lwow, Ternopol und Sumy. Jemand musste unbedingt bestimmte Schritte unternommen haben, um den Wählergang zu aktivieren. Im Osten wird man deswegen angeklagt und eingesperrt, aber im Westen wurde keiner bestraft. Ausgerechnet solche stichprobenweise Repressionen bestimmen ihren politischen Charakter.

Es geht darüber hinaus um rein politische Repressionen. Vor allem gegen den Vorsitzenden des Regionalrats der Luganskaja Region, Tichonow, und den Exgouverneur der Charkowskaja Region, Kuschnarew, gegen die bekanntlich strafrechtliche Verfahren wegen Separatismuseingeleitet wurden. Doch angeblich separatistische Bestrebungen sind weder bei dem einen noch bei dem anderen festzustellen. Ich studierte aufmerksam alle ihre öffentlichen Auftritte durch: weder der eine noch der andere sagten ein einziges Wort über die Abspaltung der östlichen Regionen von der Ukraine, die beide betonten umgekehrt, dass sie sich für die einheitliche Ukraine einsetzen. Es ging nur um ein föderales Land, um mehr regionale Autonomie. Aber, meine Herren, eine regionale Autonomie, die Forderungen einer regionalen Autonomie haben keinesfalls etwas mit Separatismus zu tun. Und wir wissen auch, dass einheitliche föderale Staaten in Europa blühen, dass sich die föderalistische Idee keinesfalls als verbrecherisch einstufen lässt. In dem betreffenden Fall haben wir es mit einer rein politischen Repression zu tun. Mehr noch: mit einer falsifizierten politischen Repression, weil die Anklage durch nichts untermauert war“.

Der Leiter der Parlamentsfraktion des Julia Timoschenko-Blocks*, Oleg Belorus, befürchtet politische Verfolgungen seiner Parteiführerin:

„Eine derartige Gefahr besteht. Julia Wladimirowna Timoschenko hat davon bereits öffentlich gesprochen. Es ist kein Geheimnis, dass insgeheim Anweisungen erteilt wurden, die strafrechtlichen Verfahren gegen sie erneut aufzurollen. Ich bin nicht der Meinung, dass solche Handlungen im Interesse der Konsolidierung aller politischen Kräfte für die gemeinsame Arbeit zum zukünftigen Wohle der Ukraine liegen“.

Der Rechtsanwalt Andrej Portnow führte ein Beispiel der gesetzwidrigen Haussuchung bei den Anwälten an, die die Interessen der Oppositionspolitiker vertreten:

„Ich möchte auf ein konkretes Beispiel in Bezug auf mein Anwaltsteam hinweisen. Am 23. September ist eine Gruppe der UBOP (Verwaltung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität) und der Staatsanwaltschaft eingetroffen und hat, ganz ungesetzlich, nach dem Beschluss eines gewissen Chmelnikij Gerichtshofs aus der Chmelnikzaja Region, eine Haussuchung bei den Anwälten durchgeführt. Sie vertreten die Interessen der Mitglieder des politischen Ausschusses der SDPU (V) und arbeiten an einer Reihe von Projekten, die mit der Verteidigung der Oppositionsführer zusammenhängen. Man ignorierte alle Aufforderungen, den Raum zu verlassen, weil das Gesetz über die Anwaltschaft jegliche Durchsuchungen der Anwälte untersagt, die die Interessen in der betreffenden Sache wahrnehmen. Deshalb wurden wir gezwungen, die Mitarbeiter der UBOP und der Staatsanwaltschaft aus unserem Büro mit Hilfe der Volksabgeordneten hinauszujagen,

* Der frühere Premierminister des Ministerkabinetts der Ukraine

die dem Ausschuss für gesetzliche Absicherung der Tätigkeit der Rechtsschutzorgane angehören. Auf diese Weise gelang es, sie ganz legitim aus dem Büro zu entfernen. Das ist ein konkretes Beispiel der herrschenden totalen Ungesetzlichkeit, der absoluten Ungesetzlichkeit, wenn schon Durchsuchungen bei den Anwälten veranstaltet werden, die Oppositionsführer verteidigen. Gestern führten wir eine Beratung der 15 Anwälte durch und fassten den Entschluss zu erreichen, dass die Mitarbeiter der Chmelnikzija UBOP und der Staatsanwaltschaft in die Beugehaft kommen“.

Der ehemalige Vizepremier der Ukraine für humanitäre Angelegenheiten Dmitrij Tabatschnik erklärt über Missachtung aller demokratischen Normen in der Ukraine:

„Wie ich glaube, könnte niemand die Tatsache abstreiten, dass in den letzten acht Monaten Andersdenkende in der Ukraine Verfolgungen ausgesetzt wurden, die in politische Repressalien umschlugen. Ein klassisches Beispiel für diese politischen Repressionen stellen m. E. die Versuche dar, die Leiter der örtlichen Volksvertretungsorgane in den östlichen Regionen der Ukraine zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen.

Als politische Repressionen lassen sich auch die Verfolgungen der Mitglieder bestimmter politischer Parteien einstufen, sie sich in der Opposition zur heutigen Mannschaft an der Macht befinden. Als politische Repressalien können auch die so genannten „wirtschaftlichen“ Strafverfahren bezeichnet werden, wenn aus ganz erdachten Gründen praktisch alle mehr oder weniger bedeutsamen regionalen Leiter angeklagt werden, wenn Schuldirektoren aus den südlichen und östlichen Regionen massenweise als „Feinde“ abgestempelt werden, weil die überwiegende Mehrheit der Wähler in der

vergangenen Präsidentschaftswahl Wiktor Janukowitsch unterstützt haben.

Von der höchsten Tribüne des Landes, der Parlamentstribüne, musste der Präsident der Ukraine, Wiktor Juschtschenko, die Existenz der politischen Repressionen zugeben und als Staatsoberhaupt versprechen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ihnen ein Ende zu bereiten. In meinen Augen stellt es dar, allgemein gesehen, erstens, die Anerkennung der ohnehin offenkundigen Tatsachen und, zweitens, eine schwere moralische Niederlage der neuen Macht. Es sei an die zwei Inhalte zu erinnern, mit denen die Revolutionsführer ihre Wahlkampagne geführt haben: erstens, Korruptionsfreiheit der neuen Macht und, zweitens, Ausbau der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens im Lande. Ein klägliches Fiasko erlitten diese beiden wesentlichsten Losungen. Der riesige Skandal, der die oberen Machtetagen erschütterte, bestätigte nur die Korruptionsanfälligkeit der größten Beamten der neuen Macht, während die Anerkennung der politischen Repressionen seitens des Staatsoberhauptes die Missachtung der demokratischen Normen vor die Augen führte, dazu ganz bewusst und manchmal nach Anwesenungen der höchsten Machtzentralen“.

Auf dem Gründungskongress des Bürgerforums „Vereinigen wir die Ukraine!“ wurde ein Appell an die Bürger der Ukraine beschlossen, der u. a. mitteilt:

„Wir stellen fest, dass die Atmosphäre der Feindseligkeiten und der politischen Konfrontation auch nach dem Abschluss der Präsidentschaftswahl nicht endete und im Land nach wie vor die Flamme des gesellschaftlichen Zwistes schwelt. Das konnte nicht umhin, die soziale und wirtschaftliche Situation des Staates, den geistlichen Zustand der Gesellschaft und die

Lage jedes einzelnen Bürgers zu beeinflussen. Die wirtschaftliche Entwicklung geriet deshalb ins Stocken, zum ersten Mal seit 1999 setzt der Rückwärtstrend des Bruttozialprodukts an, eine unbändige Inflation macht sich breit, die Lohnverschuldungen steigen rasant, und die Korruption erreicht unerhörte Ausmaße. Das Land verliert katastrophal schnell die Positionen, die so mühsam in den Jahren der Unabhängigkeit errungen wurden. Am schrecklichsten ist es aber, dass die einfachen Ukrainer ihre Hoffnungen aufgeben – auf sichere Zukunft, auf Ehrlichkeit, Transparenz und Effektivität der Macht, auf Einstellung der Praxis von Repressionen und Verfolgungen der Vorgänger seitens jedes neuen Siegers im Rennen um die Staatsmacht.

Heutzutage geht es ausgerechnet um die Zukunft der Ukraine. Über die lebenswichtigen Erwartungen des ukrainischen Volkes, die mit dem Staat und, im mehr globalen Kontext, mit dem zukünftigen Platz der Ukraine in der Welt verbunden werden. Wir haben kein Recht mehr auf Zwietracht. Schmerzvoll müssen wir zugeben, dass die ukrainische Gesellschaft des Haders und der Konfrontation sowie der Machtlosigkeit der neuen Führung überdrüssig ist, sie ermüdet in Erwartung einer nationalen Idee, neuer politischer Integrationsprogramme, die das ukrainische Volk von Ost bis West in einen Einheitsstaat zusammenführen könnten. Die Bildung und Verankerung von positiven und vereinigenden gesellschaftlichen Werten – das ist das Ziel, das heute auf der Tagesordnung steht. Die verantwortungsvollen politischen Eliten müssen heute auf politische Technologien verzichten, die auf „Feindessuche“ basieren, und zu Strategien der Vereinigung, zur Kultivierung des wirklichen Patriotismus, des nationalen Stolzes, der Einheit, der gemeinsamen Zielsetzungen der weiteren Entwicklung der ukrainischen Gesellschaft übergehen.

Das Bürgerforum „Vereinigen wir die Ukraine!“ verurteilt die verbrecherische Praxis politischer Repressalien entschieden, die die Ukraine in die stalinistischen Zeiten zurückwerfen könnten, und ruft alle Bürger, alle gesellschaftlichen Kräfte auf, sich mit allen zugänglichen Mitteln gegen derartige Praktiken der heutigen Macht einzusetzen“

Führer einer Oppositionspartei erklärt über fortgesetzte politische Repressalien und ruft zum Schutz der Gerichtsgewalt auf



Wiktor Medwedtschuk

■ In seinem Interview der Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ erklärte der Vorsitzende der SDPU (V), Wiktor Medwedtschuk, u. a.:

(im Kommentar zur Versicherung des Präsidenten, die politischen Repressionen einzustellen)

„Der Präsident hat tatsächlich versichert, er wolle mit den politischen Repressionen aufhören. Doch ich kann behaupten, dass diese Repressionen wenigstens gegen die Mitglieder meiner Partei nicht eingestellt sind. Wegen unbegründeter und ungesetzlicher Anklagen sitzen unsere Genossen nach wie vor in Gefängnissen. Wir verfügen über eine Liste der Menschen, die heute dem Druck und den politischen Repressionen ausgesetzt werden. Manche strafrechtliche Verfahren werden nur, wie im Fall des früheren Gouverneurs der Sakarpatskaja Region, Iwan Risak*, zu Gerichtsverhandlungen aus einer Region in die andere Übergeben, während die Anklagen die gleichen bleiben: erfunden und illegitim.

Wie ich wiederholt darauf hingewiesen habe, sollten wir in einem Rechtsstaat leben oder bestreben, einen Rechtsstaat aufzubauen, so müsse der erfassungsmäßige Grundsatz der Unschuldsvermutung für alle gelten, von einfachen Bürgern bis zum Staatsoberhaupt“.

(im Kommentar zu den Aussagen des Präsidenten über die Festnahme der Mörder des ukrainischen Journalisten Georgij Gongadze):

„Das Staatsoberhaupt hat kein Recht, diese oder jene Menschen eines begangenen Verbrechens zu beschuldigen. Mehr noch: er hat kein Recht, diese oder jene Menschen als Verbrecher zu bezeichnen, bevor das Gericht kein rechtswirksames Urteil gefällt hat. Derartige Aussagen sind bezeichnend für die Rechtskultur der neuen Macht im Allgemeinen, und die des Präsidenten insbesondere“.

*Der ehemalige Gouverneur der Karpatoukraine Iwan Risak musste fast 4 Monate hinter Gittern verbringen. Am 13. September wurde er freigelassen, ohne dass seine Schuld bewiesen worden war. Die Mitsreiter Iwan Risaks, eines der Führer der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigten), sind überzeugt, dass die wichtigste Ursache in der Einleitung von strafrechtlichen Verfahren gegen ihn in der politischen Abrechnung mit dem Oppositionspolitiker liegt.

(im Kommentar zur Aussage des Ex-Sekretärs des SNBO* Pjotr Poroschenko, der die SDPU (V) der Anteilnahme an der einfachen politischen Krise bezichtigte):

„Man wundere sich, dass der ehemalige Sekretär des SNBO, der von Amts wegen über alle Unregelmäßigkeiten der Macht wissen sollte, sein achtmonatiges Schweigen erst jetzt bricht. Ich wäre Poroschenko sehr verpflichtet, falls er aufrichtig berichten könnte, wie er politische Repressionen gegen die Mitglieder der SDPU (V) eingeleitet hat, wie dutzende strafrechtliche Verfahren gegen die Oppositionsvertreter, in erster Linie gegen die Mitglieder unserer Partei, eröffnet wurden, wie die Richter unter groben Druck gesetzt und zu gesetzwidrigen Urteilen genötigt wurden“.

(im Kommentar zur Abschaffung der Immunität für Abgeordnete aller Ebenen):

„2003 fingen die Mitglieder Wiktor Juschtschenkos Fraktion ihren Kampf für die Immunität der Abgeordneten aller Ebenen an und reichten den betreffenden Gesetzesentwurf ein. Wie ich erinnern möchte, in der Zeit, wo ich persönlich für die Abschaffung der Immunität der Volksabgeordneten eintrat. Das war 2003, als es keine politischen Repressalien gab und ich glaubte, wir leben in einem Rechtsstaat. Doch in den jetzigen Bedingungen, in den neuen Machtverhältnissen, bin ich der Meinung, dass die Immunität für die Abgeordneten aller Ebenen gelten muss.

Im Land werden offene politische Repressalien fortgesetzt, geschweige denn die maskierten. Die Abgeordneten aller Ebenen sind enormem Druck ausgesetzt. Sollten die Volksvertreter dazu befürchten, dass ihnen jeden Augenblick eine strafrechtlich Anklage „angenäht“ werden kann, dürften sie die gesetzmäßigen Rechte und Interessen ihrer Wähler kaum frei vertreten“.

* Der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine

Auf die Leserfrage in der Zeitung „2000“ – „wie sich ein gewöhnlicher Bürger vor politischen Repressionen schützen kann?“ – sagte der Chef der SDPU (V), Wiktor Medwedtschuk, des Weiteren:

„Wie muss sich ein Bürger schützen, wenn er sieht, dass das Gericht, die Polizei, die Steueradministration und alle anderen ganz offensichtlich „auf ein Tor spielen“? Internationale Instanzen anzurufen hätte wenig Sinn, weil die Verteidigungsprozederes seiner Rechte dort so langsam und verbürokratisiert sind, dass sie nur mit totalen Kanzleisitten unter dem Zaren Nikolaus I. zu vergleichen wären. Darüber hinaus wird bei uns eine positive Entscheidung von drüben – sagen wir, des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte – normalerweise als Empfehlung aufgenommen und nicht als bindende Vorschrift.“

Es bleibt nur noch die einzige Möglichkeit, sich selbst und seine Familie eigenständig zu schützen, was a priori eine gewaltsame Konfrontation bedeutet.

Als Bürger der Ukraine, Jurist und Vater bin ich aber von der ähnlichen Perspektive zutiefst besorgt.

Ich glaube, dass sich nicht wenige meiner Landsleute enorm unsicher fühlen. Sie begreifen, dass im noch gestern stabilen und berechenbaren Land etwas Ungutes geschieht: die Schwankungen und Zwigigkeiten in den oberen Machtebenen werden in die Bevölkerung projiziert, die durch permanente Krisen erbittert ist.

Wenn aber die Macht anderswo nach ihrer eigenen Stümperei Schuldigen sucht, so braucht das Volk sich darum nicht zu bemühen. Es reicht gegenüberzustellen, wer was versprochen hat und was aus diesen Versprechungen geworden ist.

Man könnte einen derartigen Gesichtspunkt vereinfacht oder sogar übertrieben finden, aber die ganze Logik der Entwicklungen lässt auf ein überaus großes Niveau der

Unzufriedenheit mit der neuen Macht in allen Winkeln der Ukraine schließen.

Gleichzeitig aber auf die Erkenntnis, dass die neue Macht ihrer wackeligen Lage bewusst ist und sich für ein Gegenspiel rüstet. Darauf weisen viele Faktoren hin, vor allem, die in der letzten Zeit intensivierten Kontakte des Präsidenten mit den Rechtsschutz- und Fiskusorganen. Sie können nur eins bezeugen: Wiktor Juschtschenko betrat den Weg zum Aufbau eines repressiven Apparats, der ausschließlich unter seiner persönlichen Kontrolle stehen sollte. Dabei geht es um seine wichtigste Funktion, die hart gefordert wird: die Gesellschaft durch die Rechtsschutzorgane so einschüchtern lassen, dass sie letztendlich auf jegliche Proteste verzichtet.

Deshalb sollten vor allem diejenigen „unter Presse“ kommen, die gestern an der Macht waren. Die psychologische Rechnung ist einfach: wenn ein statistisch durchschnittlicher Bürger sähe, welche „Größe“ angegangen werden, und vor allem die Menschen leiden, die sich gegenüber Juschtschenko und seinem Umfeld ohne besondere Pietät verhalten, würde er vorziehen, sich still zu halten. Dadurch würde die Gesellschaft auf die Ebene der totalen „Ja-Sagerei“ wie einst zurückkehren.

Die Paradoxie liegt aber darin, dass Wiktor Andrejewitsch und seinesgleichen es riskieren, mit gleichen Methoden bestraft zu werden, mit denen sie selber an die Macht gekommen sind, das heißt mittels gesellschaftlichen Ungehorsams. Die Ukrainer, die auf dem Maidan standen und aufrichtig glaubten, sie unterstützten ehrliche und unbestechliche Staatsmänner, erkannten zugleich ihre Einflussmöglichkeiten auf die Prozesse im ganzen Land und behielten diese Überzeugung in gutem Andenken fürs ganze Leben.

Die Macht sieht es ebenfalls ein und bemüht sich deshalb um Abblockung möglicher Unzufriedenheitsäußerungen mit

Hilfe der Machtgremien, die ihrerseits wie auf einem Vulkan leben. Die Geschichte mit der Verkehrspolizei GAI* wird unabhängig von ihren eigentlichen Ursachen die Leute in Uniform zwingen, die Befehle der staatlichen Führung noch beflissener zu erfüllen, ohne auf ihren Inhalt einzugehen und sie mit den Rechtsnormen zu vergleichen. Ihre Situation kann auch verständlich sein: die Polizisten, Zöllner und Steuerfahnder haben Familien, die zu ernähren gilt, und sollten sie vor die Wahl gestellt werden – Prinzipienfestigkeit zu beweisen und um die Arbeitsstelle zu kommen bzw. zum eigenen Wohle zu schweigen und alles auszuführen, was verlangt wird – so würden viele die letztere Variante vorziehen.

Auf diese Weise zeichnet sich eine „Kraftvertikale“ in der Staatsführung ab: der Präsident – die Generalstaatsanwaltschaft und das Innenministerium (die Leiter dieser Organe sind dem Präsidenten am willigsten, um nicht zu sagen: prinzipienlos) – alle anderen Rechtsschutz- und Fiskusorgane. Also ein klassisches Diktatormodell.

Es bleibt nur das Gerichtswesen, das von der Exekutive formell unabhängig ist. Deshalb tragen die Gerichte heute eine enorme Verantwortung für Frieden und Ruhe in der Ukraine. Ausgerechnet die Richter und nicht der jetzige Präsident, der sein Innere als eine kurzsichtige Person bereits mehrere Male offenbarte, sind heute m. E. die wirklichen Bürger der Verfassung.

Die Gerichtsgewalt muss die Zivilgesellschaft unter Schutz nehmen, während die Gesellschaft sie vor Druck seitens Wiktor Juschtschenko und seiner Mannschaft bewahren. Deshalb muss jeder von uns das Gericht anrufen, die Durchsetzung seiner Rechte durch das Gericht zu erreichen, aber gleichzeitig dieses Gericht beschützen. Obwohl die Gerichtsgewalt einen Bestandteil der Staatsmaschinerie bildet, ist sie

* Über die Auflösung der Verkehrspolizei wurde einige Monate nach dem Machtantritt Wiktor Juschtschenkos entschieden

paradoxaerwise eines der mächtigsten Werkzeuge im Kampf gegen diese Maschinerie dann, wenn die letztere gesellschaftsfremd wird, d.h. uns als Bürger“.

Die ukrainische Ombudsfrau berichtete über Fakten der politischen Repressalien gegen Bürgermeister, Ärzte, Direktoren und Schullehrer, Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane und Putzfrauen, sogar über Bedrohung der Minderjährigen

■ In Vilnius fand eine Beratung der europäischen Ombudsmen aus 64 Ländern statt, auf der aktuelle Fragen ihrer Aktivität diskutiert und ein Plan der Zusammenarbeit für die nächsten 5 Jahre zusammengestellt wurde. Die Beauftragte für Menschenrechte in der Ukraine, Nina Karpatschewa, erzählte darüber in ihrem Interview der Zeitung „2000“ wie folgt:

„Genug Sorgen haben die Ombudsmen natürlich in allen Ländern. Auch in Italien, wo 200 Vertreterinnen und Vertreter des Beauftragten für Menschenrechte tätig sind – und sie alle sind gefragt! Es gibt auch dort viele Menschen, die Schutz brauchen, doch ihre Sorgenpalette scheint mir ein bisschen schmaler zu sein... Kaum beschäftigen sie sich zum Beispiel mit massenhaften politischen Repressionen, was bei uns leider bittere Realität ist. Im letzten Jahr sind bedeutend mehr Beschwerden über Verletzung der bürgerlichen und persönlichen Rechte eingegangen.“

Kürzlich musste ich in die Kirowogradskaja

ja Region reisen, wo Swetana Tscherbak für die Unregelmäßigkeiten auf der vergangenen Wahl zu 3 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden war. Es gab eine wirklich unbestreitbare Handlung ihrerseits, da sie während des Urnengangs einige Wahlzettel für den „richtigen“ Kandidaten einwarf. Doch sie gab ihre Tat ehrlich zu, als sie vom Vertreter eines anderen Kandidaten angesprochen wurde. „So was habe ich noch nicht erlebt“, zeigte seine Verblüffung der Chef der Beugehaftanstalt aus Mitleid mir der älteren Putzfrau, die ihr Leben lang im Kindergarten gearbeitet hatte und schließlich unter seine „Jungens“ landete. Sie selbst ist einfach verzweifelt: „Wenn die Macht schon Putzfrauen bekämpft!“ Über diesen Vorfall berichtete ich dem Präsidenten. „Wie kann dieser Frau geholfen werden?“, fragte er.

Unsere Berufung an das Appellationsgericht gab der eingesperrten Frau die Hoffnung zurück, da der Entschluss über ihre Freilassung und die Umwandlung des Freiheitsentzugs in eine zweijährige bedingte Verbesserungsstrafe getroffen worden war.

Die Verfolgungen der politischen Opponenten seitens des „Siegerlagers“ weiteten sich auf das ganze Land aus. Wir bearbeiten jetzt die Beschwerden von Ärzten aus den Winnizkaja und Poltawskaja Regionen, die auch mit den Wahlvorgängen zusammenhängen. Es gingen ebenfalls viele Beschwerden von Bürgermeister, Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane ein, die „unter die Walze“ geraten waren.

Im Konotopskij Kreis, Sumskaja Region, mussten wir haarsträubende Verletzungen feststellen: für das angeblich falsche Benehmen noch im ersten Präsidentschaftswahlgang wurden Schuldirektoren, Lehrerinnen und Lehrer gleich während der feierlichen Appelle zum Schulanfang am 1. September festgenommen. Dabei wurden die Lehrerinnen für drei Tage in die Zellen der Beugehaft eingesperrt und ... nicht zum Gespräch vorgeladen. Ihre Fami-

lien setzte man nicht in Kenntnis. Eine der Lehrerinnen ließ zu Hause ihren minderjährigen Sohn, der die Flucht aus dem Städtchen ergreifen musste, um 120 Kilometer zu seinem Vater zu laufen, vom dem die Mutter seit mehreren Jahren geschieden ist. Der Junge wurde von der Polizei gefasst und bedroht, in ein Waisenheim abgeliefert zu sein. Aufgrund aller dieser Fakten wurde eine Vorstellung an den Generalstaatsanwalt und den Gouverneur der Sumskaja Region, Nikolaj Gawrik, gemacht.

Vorfälle dieser Art gab es auch in den Shitomirskaja und Sakarpatskaja Regionen. Die Praktiken sind nicht nur beschämend, sondern auch antihuman. Die Stärkeren müssten doch großmütig sein. Letztendlich hat es Unregelmäßigkeiten auf beiden Seiten gegeben, was aus den Beschwerden ganz eindeutig folgt. Im diesem Zusammenhang halte ich das Memorandum zwischen Juschtschenko und Janukowitsch für sehr aktuell, und es bleibt nur an Gott zu beten, das es sich als ein wirksamer Schritt zur Überwindung des bestehenden Unfugs erweist*.

Europäische Rechtswissenschaftler sind durch Aussagen des Präsidenten und Handlungen der ukrainischen Macht zutiefst beunruhigt

■ Das Beobachterkomitee der Parlamentarischen Versammlung des Europarats veröffentlichte einen Resolutionsentwurf unter dem Titel „Die Einhaltung der Verpflichtungen durch die Ukraine“, in dem u. a. festgestellt wird:

„Es ist noch verfrüht, ein definitives Urteil über die Fähigkeit der neuen Macht zur Einhaltung der grundlegenden Prinzipien zu treffen, auf denen das Gebäude des Europarats

aufgebaut ist“;

„Wir teilen die Besorgnis einiger Beobachter darüber, dass die örtlichen Machtvertretungen nicht aufgrund wirklich er Leistungen, sondern der politischen Anteilnahme und des erklärten Beitrags zur „orangenen Revolution“ gebildet wurden“;

„Einige Schritte der neuen Macht rufen begründete Zweifel hinsichtlich ihres Bekenntnisses (bzw. der Erkenntnis) zu den Grundsätzen der Oberhoheit des Rechts hervor“;

„Durch seinen Erlass vom 8. Februar 2005 änderte und weitete Präsident Juschtschenko die Kompetenzen des SNBO aus, indem er nach Einschätzung vieler Rechtsexperten seine in der Verfassung und diesbezüglichen Gesetzen festgelegten Vollmachten überschritt“;

„Wir sind durch die Äußerungen des Präsidenten und einer Reihe von hoch angestellten Beamten hinsichtlich des möglichen Referendums über Verfassungsänderungen zutiefst besorgt“;

„Eine Reihe von Vertretern der neuen Macht betrachten die Massenmedien nach wie vor als eine „Ressource“ der Administration und rufen zur staatlichen Kontrolle über die Massenmedien auf“;

„Wir sind sehr beunruhigt über die Implementierung der gesetzlichen Formulierungen, die es erlauben, den Rechtsanwalt seiner Verteidigungsfunktion durch die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen ihn zu entbinden... Dies wurde im Fall Herrn Fedurs, des Anwalts von Lesja Gongadze und seit kurzem Boris Kolesnikow* deutlich“;

„Das System des rechtlichen Beistands in der Ukraine dürfte weder als effektiv noch als vollwertig vom Gesichtspunkt der juristischen Normbasis als auch ihrer praktischen Implementierung bezeichnet werden“;

„Wir sind ebenfalls besorgt, dass Präsident Juschtschenko nach seinem Machtantritt über 40 geheime Erlässe, „Nicht für die Veröffentlichung bestimmt“, unterzeich-

net hat..., und die Zahl ähnlicher Erlässe nimmt nicht ab...“

Der Innenminister bekundet seine politische Feindseligkeit gegenüber bekannten Politikern und sucht sie zu diskreditieren

■ Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, habe der Innenminister der Ukraine, Juri Luzenko, Ende September in einer direkten Sendung des Fernsehkanals „Inter“ die aktuellen Ereignisse im Land kommentiert und erklärt, er „akzeptiere es nicht, dass Kutschma, Medwedschuk und Janukowitsch wieder als funktionierende Politiker in Erscheinung treten“. Dann fügte er hinzu, bei ihm seien „noch nicht alle Patronen aus“.

Indem er über die Lösung der problembe-

* Der Ex-Vorsitzende des Donezkij Regionalrats, Boris Kolesnikow, verbrachte rund 4 Monate hinter Gittern und wurde am 2. August 2005 freigelassen. Seine Schuld wurde nicht bewiesen. Gegen seinen Anwalt Andrej Fedur, der ebenfalls die Mutter des ums Leben gekommenen ukrainischen Journalisten Georgij Gongadze verteidigt, wurde eine strafrechtliche Anklage wegen vermeintlich unbefugter Verbreitung von vertraulicher Informationen durch Massenmedien erhoben. In der gleichen Anklage wurde auch ein strafrechtliches Verfahren gegen die Volksabgeordnete der Ukraine, eine der führenden Personen der oppositionellen Partei der Regionen, Raissa Bogatyrewa, eröffnet. Der Petcherskij Bezirksgerichtshof Kiew erklärte die Entscheidungen der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine über die Eröffnung der Strafsachen gegen die Volksabgeordnete der Ukraine Raissa Bogatyrewa und den Rechtsanwalt Andrej Fedur für null und nichtig. Wie der Gerichtshof in seinem Urteil feststellte, sei die Entscheidung gesetzwidrig, weil sie unter Verletzung der Strafgesetzzordnung verabschiedet wurde, sowie keinerlei Grundlagen für die Einleitung eines Kriminalverfahrens enthält.

hafteten Angelegenheiten im Land sprach, vermerkte er u. a.: „Wir müssen diese Arbeit gemeinsam tun, was aber nicht bedeutet, dass es um die Hilfe der Menschen geht, die bei mir persönlich eine politische Ablehnung auslösen“.

So was bringt kein Politiker bzw. Journalist über die Lippen, sondern die Person, die mit breiten Machtbefugnissen im Staat ausgestattet ist, eines der Schlüssel-Machtgremien vertritt. Ob es wirklich um Einstellung politischer Repressionen gehen dürfte, wenn sich selbst der Chef des Innenministeriums von solchen Stimmungen leiten lässt?

Ob es überhaupt zulässig wäre, dass der Innenminister derartige politische Erklärungen abgibt? Ob er nach diesen Worten, die seine Antipathie gegen die bekannten politischen Akteure öffentlich zum Ausdruck bringen, imstande wäre, auf Wache des Gesetzes zu stehen? Ein Innenminister hätte unparteilich und objektiv zu sein und sich für keine politischen Sympathien bzw. Antipathien zu engagieren.

Ein weiteres Beispiel liefert die Aussage Luzenkos in Moskau, er erblicke keine Hindernisse für die Vorladung des früheren Premierministers Wiktor Janukowitsch in die Staatsanwaltschaft, auch in Anbetracht der Tatsache, dass zwischen ihm und Präsident Juschtschenko das Memorandum unterschrieben wurde. Es kommt nicht darauf an, dass es wirklich keine gesetzlichen Hindernisse gibt – sollte die Notwendigkeit tatsächlich bestehen, – sondern darauf, wieso solche Vorladungen öffentlich erfolgen? Luzenko könnte kaum umhin, nicht zu begreifen, dass es sich um banale Diskreditierungsversuche der Politiker durch die Rechtsschutzorgane handelt.

Anschließend ließ das Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums eine Mitteilung über die Vorladung eines der Oppositionsführer, Wiktor Medwedtschuk, verbreiten: zur Abgabe der Aussagen in der für das Land und den Staat so „dringenden

und lebenswichtigen“ Sache wie die Verleihung hoher staatlicher Titel an einige Bürger, ironisiert die Zeitung „2000“.

Am gleichen Tag wurde der Chef der Partei der Regionen*, Wiktor Janukowitsch, erneut in die Staatsanwaltschaft vorgeladen. In seinem Gespräch mit Journalisten vermerkte er dazu: „Bei mir ist wieder eine Vorladung in die Generalstaatsanwaltschaft eingegangen. Natürlich gehe ich hin, als ein gesetzkonformer und ehrlicher Bürger. Doch es geht um die Macht: hätte sie wirklich nichts mehr zu tun?“. Janukowitsch fügte hinzu, nach seiner Meinung erfülle die Macht die übernommenen Verpflichtungen aus dem mit der Opposition unterzeichneten Memorandum solange nicht...“.

Wie der Chef einer Oppositionspartei feststellt, würden Entlassungen aus politischen Motiven trotz der Versicherungen des Präsidenten fortgesetzt

■ **Der Führer der Partei der Regionen, Wiktor Janukowitsch, schließt die Abrufung seiner Unterschrift unter dem Memorandum über die Verständigung zwischen der Macht und Opposition nicht aus, das von ihm, Wiktor Juschtschenko und dem heutigen Regierungschef, Juri Jechanurow, unterschrieben wurde.**

Wie die Pressestelle der Partei der Regionen mitteilt, habe Wiktor Janukowitsch u. a.

* Eine zentristische Partei, die vom ehemaligen Premierminister der Ukraine Wiktor Janukowitsch, dem hauptsächlichlichen Herausforderer des jetzigen Präsidenten Wiktor Juschtschenko in der Präsidentschaftswahl, geführt wird



Wiktor Janukowitsch

ausgeführt:

„Unter den vor uns gesetzten Zielen bei der Unterzeichnung des Memorandums über die Verständigung mit der Macht, gab es auch das folgende: die Aktionen der neuen Landesführung seien einzustellen, die auf die Zerstörung der Wirtschaft hinauslaufen. Des Weiteren ging es um Schutz und Aufrechterhaltung von hoch qualifizierten und einzigartigen Fachleuten, die ungesetzlich entlassen und für ihre Lebensposition verfolgt wurden. Leider muss ich heute die Tatsache feststellen, dass die neue Macht ihre Politik nicht geändert hat“, – erklärte Wiktor Janukowitsch und führte als Beispiel die Situation auf dem Kiewer staatlichen Flugzeugbetrieb „Aviant“ an. In der Zeit, wo dieser Betrieb vom Geschäftsführer geleitet wurde, den die neue Macht ernannt hatte, sei der Produktionsabsatz um 96% zurückgegangen, habe sich die Produktion geschrumpft, sowie seien die Kreditorenverschuldung, die Arbeitszeit- und Finanzverluste bedeutend gestiegen.

„Nicht einmal diese Argumente vermochten die Macht zu überzeugen, dem Gerichtsentcheid Folge zu leisten und Oleg

Schewtschenko in den Posten des Generaldirektors des „Aviant“ wieder einzusetzen... Ich rede da schon nicht über die grundsätzliche Achtung des Gesetzes“, vermerkte Wiktor Janukowitsch.

Der Chef der Partei der Regionen fügte hinzu, dass „aus Protest gegen die Zerstörung des heimischen Flugzeugbaus durch die neue Macht Pjotr Balabujew gekündigt hatte, einer der im gesamten GUS-Raum Flugzeugkonstrukteure“, während die Macht „die Proteste des Betriebspersonals weder hört noch sieht“.

„Es entsteht der Eindruck, dass das Werk bewusst in das Fiasko getrieben wird. Eine solche Politik schätze ich als verantwortungslos und zerstörend ein. Sollte diese Politik von der Macht weiter getrieben werden, schließe ich die Möglichkeit nicht aus, meine Unterschrift unter dem Verständigungsmemorandum abzurufen“.

Leiter der Flugzeugbetriebe der Ukraine wurden aus politischen Motiven entlassen

■ **Auf der Pressekonferenz „Flugzeugbau: Stand, Konflikte und Perspektiven“ setzten sich ihre Teilnehmer mit der Situation auseinander, die in der Branche aktuell besteht.**

Wie darüber die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ berichtet, ging es u. a. um die „tiefe Besorgnis der Arbeitskollektive des Betriebes „Aviant“ und der wissenschaftlich-technischen Antonow-Korporation um systematische und zielgerichtete Aktionen seitens einiger Vertreter der Staatsmacht, die auf die Zerstörung der Flugzeugbauindustrie der Ukraine hinauslaufen, auf den Ausschluss der Ukraine aus der Gruppe der Länder, die führend im Flugzeugbau der Welt sind“. Vor allem offenbart sich diese Politik

durch die gesetzwidrige Entlassung des Generalkonstruktors der Antonow-Korporation, Pjotr Balabujew, und die kräftige Druckausübung auf den Generaldirektor des „Aviant“, Oleg Schewtschenko.

In seinem Kommentar zur Situation stellte der Volksabgeordnete Juri Karmasin fest:

„Man wandte sich an mich als Juristen, weil Oleg Stepanowitsch Schewtschenko im Juli entlassen wurde und seit diesem Augenblick es im Betrieb nur abwärts ging...“.

Leider gibt es in der Ukraine Leute, die dieses Werk nicht als eine hoch intellektuelle Produktionsstätte aufnehmen, sondern als ein Grundstück, auf dem man etwas bauen könnte... 2004 stieg die Warenproduktion um das 4fache im Vergleich zu 2003, deshalb galt der Generaldirektor als einer der besten Fachleute in der Branche, doch leider wurden danach diese Errungenschaften stümperhaft zunichte gemacht.

Doch man versuchte das alles auf eine politische Plattform zu stellen, man behauptete sogar, Schewtschenko wäre ein Gevatter des ehemaligen Premierministers Janukowitsch. Ich kann ganz eindeutig erklären, dass derartige Behauptungen absolut lügenhaft sind, dass Herr Schewtschenko keine politischen Aktivitäten trieb... Nicht desto weniger wurde er wegen bloßer Gerüchte nicht einmal ins Ministerium für Industriepolitik eingelassen...

Sie wissen alle, dass der Generalkonstrukteur der Antonow-Korporation und der zweifache Held der Ukraine gezwungen wurden, ein Kündigungsgesuch einzureichen. Nach außen verheimlichte man das...

... Doch Schewtschenko wurde wieder in seine Funktion eingesetzt, weil sich die vorausgegangene Prüfung seiner Tätigkeit als ziemlich subjektiv erwiesen hatte. Ein bestimmter Teil der Schlussfolgerungen wurde selbst vom KRU* für trügerisch befunden, einige davon werden augenblicklich



Oleg Schewtschenko

angefochten.

... Im Allgemeinen hat sich die Situation im Betrieb nach dem präsidentialen Erlass „Über dringende Maßnahmen zur Entwicklung der Flugzeugbaubranche“ vom 27.05.2005 fühlbar verschlimmert. Ausgerechnet danach fasste man die reaktionären Entscheidungen über die Entlassung von Oleg Schewtschenko und Pjotr Balabujew. Mit der angeblichen Begründung, sie hätten auf der Wahl nicht die richtige Kandidatur unterstützt und falsch gestimmt...

Politische Repressionen gegen Mitarbeiter der Volksbildung wollen nicht aufhören

■ Die Fraktionsmitglieder der SDPU (V) reichten eine Reihe von Anträgen an zentrale und örtliche Exekutivorgane ein, um die Unterfinanzierung der Lehrerlöhne zu klären, die laut Artikel 57 des

*Kontroll- und Revisionsverwaltung – ein Machtgremium, das die Einhaltung der Gesetzgebung im Bereich Wirtschaft überwacht

Gesetzes der Ukraine „Über die Volksbildung“ auszuzahlen sind.

Wie dazu die Zeitung „Nascha gazeta plus“ schreibt, sei vor einem Jahr das Gesetz über die Restrukturierung der Lohnauszahlungen für Pädagogen, das dem Artikel 57 des Gesetzes der Ukraine „Über die Volksbildung“ entsprach, in Kraft getreten. Das Gesetz wurde aus Initiative der Volksabgeordneten, Mitglied der Fraktion der SDPU (V), Heldin der Ukraine Tamara Proschkuratowa verabschiedet. Es schreibt die Tilgung der Kreditorenverschuldung des Staates in Laufe der nächsten 5 Jahre vor, bleibt doch bereits seit einem Jahr auf Papier. Die vereinigten Sozialdemokraten fordern die Macht zur Rechenschaft auf, warum nicht nur das Gesetz, sondern auch die Wahlversprechen des Präsidenten Juschtschenko über allseitige Unterstützung der Mitarbeiter der Volksbildungssphäre nicht eingehalten werden.

Der Staat aber verweigert den pädagogischen Mitarbeitern jegliche Unterstützung, mehr noch: mehrere Lehrer werden wegen ihrer politischen Überzeugungen verfolgt. Darüber berichtete Tamara Proschkuratowa in ihrem Auftritt vor dem Parlament:

„Der Präsident gab die Existenz politischer Repressionen zu, indem er ihre Einstellung versprach. Aber wer übernimmt die Verantwortung dafür, dass die Hochschulrektoren Anatolij Kusminskij aus Tscherkassy und Wladimir Kuzj aus Uman unter dem Druck der Macht ihre Posten aufgeben mussten?“. Tamara Proschkuratowa führte mehrere Beispiele an, wo die Mitarbeiter der Volksbildungsbehörden, Schuldirektoren und Hochschuldozenten sozusagen „freiwillig-zwangsweise“ kündigen sollten, weil ihre Überzeugungen der „Generallinie“ der neuen „orangenen Machtpartei“ zuwiderlaufen.



Tamara Proschkuratowa

Fakten gesetzwidriger Personalentscheidungen der Macht aus politischen Gründen macht ein munizipales Selbstverwaltungsorgan publik

■ Die Abgeordneten des Rachowskij Kreisrats, Sakarpatskaja Region, beschlossen eine Resolution, in der sie erklären, dass nach der Präsidentschaftswahl 2004 politische Repressionen im Staat im Allgemeinen und der Sakarpatskaja Region insbesondere geführt werden.

Wie die Pressestelle der SDPU (V) mitteilt, „erklärte der Kreisabgeordnete Gennadij Botschkor, dass aus politischen Motiven dutzende Schuldirektoren, Lehrer und Ärzte im Rachowskij Kreis entlassen wurden.“

Nach seinen Worten, haben die Abgeordneten zugeben müssen, dass die katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Prozesse im

Kreis durch die politische Notwendigkeit bedingt werden, die nichts mit dem professionellen Herangehen an die Kaderprobleme zu tun hat. Die Abgeordneten verlangten von der Staatsanwaltschaft, eine Analyse der Rechtmäßigkeit der Personalentscheidungen durchzuführen, um die Gesetzlichkeit wiederherzustellen und künftig keine derartigen schändlichen Prozesse zuzulassen.

Es geht um die erste Erklärung eines kommunalen Selbstverwaltungsorgans über politische Repressionen in der Ukraine einer solchen Art. Die Initiative der Abgeordneten des Rachowskij Kreises fand Unterstützung, und in Kürze kann man mit ähnlichen Erklärungen der Abgeordneten aus anderen Kreisen und Städten der Karpatoukraine rechnen“, schließt die Pressestelle der SDPU (V).

Mitarbeiter setzten sich für den Beamten ein, dem die Absetzung aus politischen Gründen droht

■ Am 12. Oktober fanden sich vor dem Gebäude der staatlichen Sbarashskaja Kreisadministration, Ternopolskaja Region, über 50 Mitarbeiter der Kreiskulturbehörde zusammen.

Wie die Internet-Ausgabe „From-UA“ mitteilt, setzten sich die Mitarbeiter für ihren Chef – den Leiter der Kreiskulturbehörde, Oleg Gaftkowitsch, ein, den man aus politischen Gründen zu entlassen sucht. Gaftkowitsch ist Mitglied der SDPU (V).

Der Kern des mit Gaftkowitsch zusammenhängenden Problems liegt darin, dass die Kreiskulturbehörde in eine Kreisverwaltung für Kultur und Tourismus reorganisiert wird und er in diesem Zusammenhang ein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Laut gültiger Verfahren-

sordnung müsste man ihn automatisch zum Leiter der neu gegründeten Behörde ernennen, doch der Prozess der Amtseinführung zog sich unerklärlicherweise in die Länge.

Deshalb wandten sich die Vorsitzenden der Gewerkschaften der Bibliothekmitarbeiter, der Kulturschaffenden und der Klubmitarbeiter an den Chef der staatlichen Sbarashskaja Kreisadministration, Wladimir Gulewskij, mit dem Schreiben, in dem sie die Wiedereinsetzung Gaftkowitschs verlangten, der in ihren Augen hohe Autorität genießt. Der Sekretär der Ternopolskaja Regionalleitung der SDPU (V), Bogdan Jakubischin, teilte mit, Gaftkowitsch sei vor einigen Tagen zum Kreisadministrationschef vorgeladen worden, der ihm eine Sachbearbeiterstelle in der neuen Kreisverwaltung bzw. eine provisorische Stelle im Kreissozialamt anbot. Darauf fragte Gaftkowitsch mit Verwunderung, was er im Sozialamt zu tun hätte, wenn er sich in einem ganz anderen Profil spezialisiert.

Überfälle auf Parteibüros häufen sich

■ In der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober wurden in Tschernowzy, Westukraine, Pogrome in der Stadtleitung der SDPU (V) und im Büro der Schewtschenkowskij Kreisleitung veranstaltet.

Wie die Zeitung „Nascha gazeta plus“ mitteilt, drangen die Täter in den Raum ein, nachdem sie die Fenstergitter eingeschlagen hatten, zerstörten die Innentüren, brachen drei Tresorschränke mit Parteidokumenten auf, beschädigten die Innenausstattung und entwendeten einige Sachwerte.

Auf mehrmalige Anfragen der Sozialdemokraten bei der Polizei erwidern die Vertreter der Rechtschutzorgane nur, die Büros wären von „zufälligen Dieben“ überfall-

en. Doch in Anbetracht der Tatsache, dass sich solche Ereignisse mit auffälliger Beständigkeit wiederholen, könnten sie kaum auf alltägliches Rowdytum zurückgeführt werden.

In den vergangenen sechs Monaten wurden die Büros der Regionalleitung und der Kreisleitungen der SDPU (V) über dutzende Male überfallen, und in keinem einzigen dieser Fälle ist ermittelt worden. All diese Überfälle liefern sogar den Grund zu behaupten, dass ausgerechnet in der westlichen Ukraine eine organisierte Offensive der kriminellen und Rowdyelemente gegen die SDPU (V) durchgeführt wird, dazu mit absoluter Duldung (wenn nicht mit Anstiftung durch Unterlassung) der staatlichen Behörden und Rechtschutzorgane, schließt die „Nascha gazeta plus“.

Der Sekretär der Tschernowizkij Regionalleitung der SDPU (V) Wassilij Sabrodskij stellte dazu fest:

„Die Art und Logik dieser Raubüberfälle lassen auf einen zielgerichteten und geplanten Angriff schließen, mit dem Ziel, die Mitglieder der politischen Oppositionskraft einzuschüchtern, die am Vorabend der Parlamentswahl offene und konsequente Standpunkte in der Kritik der jetzigen Macht einnehmen, sich zu demokratischen Grundsätzen im politischen Kampf bekennen ...“

■ Am 10. Oktober wurde in der Kreisstadt Meshgorje, Sakarpatskaja Region, das Büro der Volkspartei der Ukraine (NPU) von Unbekannten überfallen

Wie die Internet-Ausgabe „From-UA“ mitteilt, habe in Meshgorje zuvor die Kreiskonferenz der NPU unter Teilnahme des regionalen Führers der NPU, des Volksabgeordneten Sergej Ratuschnjak stattgefunden. Ratuschnjak selbst habe nach dem Zwischenfall dem Chef der NPU und Vorsitzenden der Werchowonaja Rada, Wladimir Litwin, ein Schreiben zukommen lassen, in dem dieses

Überfalls Vertreter des Blocks „Unsere Ukraine“ beschuldigt werden.

Der Volksabgeordnete Sergej Ratuschnjak erklärte: „Ich habe allen Grund, diesen Überfall als Terroranfang in der Wahlkampagne seitens der staatlichen Sakarpatskaja Regionaladministration und der Volksunion „Unsere Ukraine“ zu halten, die in der Region von der kommerziellen Firma „Barwa“ usurpiert sind. Ihr Gründer und Geschäftsführer leitet jetzt bekanntlich das Katastrophenministerium“.

Einer der Führer der Oppositionspartei teilt über die Verfolgung seiner Mutter

■ Der erste stellvertretende Vorsitzende der SDPU (V) Nestor Schufritsch machte Fakten des Drucks auf seine Mutter bekannt

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, habe sich Maria Schufritsch Ende September in stationärer Behandlung im Kardiologischen Strashesko-Institut befunden, u. a. wegen ischämischer Herzerkrankung. Einen Tag nach ihrer Einlieferung wurde in die Klinik ein Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine zugestellt, in dem auf die „Notwendigkeit“ hingewiesen wird, „die Bürgerin Schufritsch Maria Petrowna, geb. am 13.10.1933, die augenblicklich im Kardiologischen Strashesko-Institut behandelt wird, als Zeugin in einem strafrechtlichen Verfahren zu verhören“. Dabei interessiere sich die Generalstaatsanwaltschaft in Person des Ermittlungsrichters für besonders schwerwiegende Verbrechen Rudenko für die Krankheitsdiagnose von Maria Petrowna Schufritsch, die eventuelle Behandlungsfrist sowie das Entlassungsdatum. Darüber hinaus ersuchte die

*Volksunion „Unsere Ukraine“ (NSNU) – präsidentennahen Partei

Generalstaatsanwaltschaft in ihrem Schreiben um dringende Mitteilung, ob „das Befinden von Schufritsch M.P. es ermöglicht, mit ihr Ermittlungshandlungen (Verhör als Zeugin) durchzuführen“. „Ihr könnt gegen mich kämpfen, ich bin zu allem bereit, lasst aber meine Nächsten und die Verwandten meiner Genossen in Ruhe!“, appellierte Nestor Schufritsch an die Rechtsschutzorgane.

Es wurde eine gesellschaftliche Organisation gegründet, die Korruption und Menschenrechtverletzungen in der Ukraine beobachten will

■ „Die Korruption erreichte in der Ukraine einen kritischen Punkt und wurde zur wichtigsten Ursache für Menschenrechtverletzungen“, stellten bekannte Rechtschützer, Wissenschaftler und gesellschaftliche Persönlichkeiten fest, die vor kurzem ihre neu gegründete Organisation unter dem Namen „Das Antikorruptionskomitee „Tscherta“ (AKM).

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, benannten die Gründer die ergebnislosen Anstrengungen der Macht zur Korruptionsbekämpfung, das nicht adäquate Niveau der Antikorruptionsgesetzgebung, die Undurchsichtigkeit der staatlichen Entscheidungsmechanismen und die fehlende gesellschaftliche Kontrolle über die Tätigkeit der staatlichen Machtorgane als die wesentlichsten Gründe für die Bildung des AKM.

Für das wichtigste Mittel in der Korruptionsbekämpfung halten die Gründungsmitglieder



Semjon Glusman

des Komitees die gesellschaftliche Transparenz. Zu diesem Ziel teilten sie über den Arbeitsanfang an dem Volksprojekt „Das weiße Buch: Korruption und Menschenrechtverletzungen in der Ukraine“ mit. Zur Mitwirkung an diesem Buch rief das Antikorruptionskomitee „Tscherta“ Journalisten, Wissenschaftler, Politiker und die Menschen, die durch die Korruption gelitten haben, sowie alle engagierten Bürger auf. Im Rahmen der Forschungsaktivitäten am Projekt hat man eine „eigenartige gesellschaftliche Begutachtung der Korruptiertheit aller wichtigsten staatlichen Organe, der maßgeblichen politischen Kräfte und ihrer Führer vor, was ihre Positionierung auf der Korruptionsskala erlauben sollte“.

Der bekannte Rechtschützer und der Vorsitzende des Expertenrates des AKM, Semjon Glusman, erklärte in diesem Zusammenhang: „... Was augenblicklich in der Ukraine passiert (ich meine die administrativen Repressionen), ist eine Dummheit seitens der Macht, die im Ergebnis der Bevölkerungsproteste gekommen ist... Ich halte es für richtig, falls sie damals und nicht jetzt eine gewisse Frist für die wirtschaftliche bzw. eine andere

Amnestie festgelegt und dadurch den Menschen die Möglichkeit gewährt hätte, anders zu leben. Doch die Ereignisse nahmen letztendlich eine traurige Entwicklung, weil gewöhnliche Hauptärzte, gewöhnliche Schuldirektoren leiden... Ich bereise die Ukraine und muss das immer wieder feststellen... Aus unseren Menschen werden Feinde gemacht“.

Den größten Beitrag zur Verteidigung der Menschenrechte leisteten die SDPU (V) und Partei der Regionen

■ Kürzlich fand der Runde Tisch „Kiew-Moskau. Die Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft bei der Überwindung der politischen Krise in der Ukraine“ statt.

Seine Teilnehmer konnten sich mit dem Bulletin „Menschenrechtverletzungen und politische Repressalien in der Ukraine“ vertraut machen, das von der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigten) herausgegeben wird. Der Botschaftsrat der Botschaft der Russischen Föderation in der Ukraine, Wladimir Loskutow, enthielt sich diplomatisch jeglicher Kommentare über politische Repressalien in der Ukraine, schätzte aber in seinem Interview der Inter-

net-Ausgabe „Polit-Terror“ das Bulletin überaus positiv ein: „Das Bulletin spiegelt den Standpunkt der einflussreichen politischen Kräfte wieder. Wir bedanken uns bei der Parteiführung, den Verfassern dieses Bulletins, die uns solch interessante und aufschlussreiche Beobachtungen zukommen lassen“. Der russische Diplomat hob hervor, dass das Bulletin nicht nur von Botschaftsmitarbeitern, sondern auch anreisenden Gästen aus Moskau studiert wird.

Nach Meinung des Mitglieds der parlamentarischen Fraktion „Regionen der Ukraine“, Taras Tschernowol, leisteten die SDPU (V) und Partei der Regionen den größten Beitrag zum Schutz der Menschenrechte. Ganz besonders unterstrich dabei der Volksabgeordnete die Rolle der vereinigten Sozialdemokraten bei der Verteidigung der Rechte der verfolgten Bürger:

„Die SDPU (V) tat das Hervorragende, die Rechte der Menschen zu verteidigen, die ohne jeglichen Grund und unter Verletzung der prozessualen Normen verhaftet wurden“. Immerhin zeigte sich Taras Tschernowol beunruhigt, dass Wiktor Janukowitsch nach der Unterzeichnung des Memorandums zwischen der Macht und Opposition bereits zweimal in die Staatsanwaltschaft vorgeladen worden war: „Das Einzige, was wir erreicht haben, ist die Anerkennung der Repressionen durch die Macht. Dass sie tatsächlich eingestellt werden, ist eine bei weitem nicht bewiesene Realität“.

WILLKÜR DER RECHTSCHUTZ- ZORGANE

**Wie europäische
Rechtschützer erklären,
seien 72% der Ukrainer,
die ihre
Gefängnisstrafen
abbüßen, körperlich
misshandelt worden
sowie für Folterungen
in der Ukraine nicht
bestraft werde**

■ **Die internationale Organisation „Amnesty International“ (AI) veröffentlichte einen Bericht über die Ukraine unter dem Titel: „Die Ukraine. Zeit zum Einschreiten: Folter und Misshandlungen der Inhaftierten in der Polizei“.**

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, haben die Vertreter dieser Organisation ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht, dass die von der ukrainischen Polizei festgenommenen Personen misshandelt und gefoltert werden. Die bekannt gewordenen Fakten beweisen, dass Verdächtige, Zeugen und jegliche Personen, die von der Ermittlung betroffen werden, Gefahr laufen, Opfer der Willkür zu werden.

„Eine Regierung, die tatsächlich mit Folter Schluss machen möchte“, sagt die AI-Beobachterin in der Ukraine Hesa McGill, „muss mit der Straflosigkeit der Personen beenden, die dies zulassen. Wie wir meinen, besteht in der Ukraine faktische Straffreiheit für die Personen, die misshandeln und foltern. Die Betroffenen berichteten uns, wie kompliziert der

Beschwerdeweg sei und welche Anstrengungen man brauche, um sein Recht zu finden. Oft verweigert die Staatsanwaltschaft die Einleitung des strafrechtlichen Verfahrens. Bis jetzt ist es ziemlich kompliziert, zuverlässige Angaben über die Anzahl der Beschwerden über Folter zu erhalten und wie viele davon sich bestätigen lassen“.

Frau McGill unterstrich, dass die Untersuchungen in Sachen Folter nicht den internationalen Normen entsprechen. Deshalb werden gegen Mitarbeiter der Rechtschutzorgane faktische keine strafrechtlichen Anklagen erhoben, wenn sie doch vors Gericht kommen, werden dann minimale Strafen verhängt, die keinem Vergleich mit dem Tatbestand standhalten. Wie die AI-Vertreterin feststellte, „ziehen es viele Bürgen vor, sich nicht über Folter und Misshandlungen in der Polizei zu beschweren, weil sie kein Vertrauen zum System haben“.

„Wenn die Frage über die Annäherung der Ukraine behandelt wird“, erinnerte Hesa McGill, „muss beachtet werden, in welchem Maße die Ukraine den internationalen Standards auf dem Gebiet der Menschenrechte entspricht“.

McGill betonte, sie begrüße die Erscheinung des Bulletins „Menschenrechtverletzungen und politische Repressalien in der Ukraine“, weil „die Transparenz immer behilflich ist. Positiv ist allein die Tatsache, dass es betreffende Informationen gibt. Solche Ausgaben sind überaus wichtig“. Indem der Präsident das Memorandum unterzeichnete, versicherte er die Einstellung der politischen Repressionen, aber dafür, unterstrich sie, brauche man „konkrete Maßnahmen. Wir konnten nur einige positive Schritte feststellen, konkrete Handlungen aber bleiben noch aus“.

Der Vertreter einer Menschenrechtgruppe aus Charkow, Arkadij Butschenko, vermerkte in diesem Zusammenhang: „Wenn man im Staat breit die Schuldbekennnisse verwendet, die unter Folter abgelegt werden, man kein Verständnis über legitime und rechtswidrige

Festnahmen hat, sowie ein effektives Monitoring der Haftanstalten und ein gleich effektives System der Folteruntersuchung fehlen, dann ergibt sich ein hohes Risiko der Folteranwendung in diesem Staat. Wenn es keine Abwehrmechanismen gibt, dann treiben die Folter üppige Blüten.

Die Polizei kann nicht ermitteln, sie hat keine Fertigkeiten, keine Professionalität, keine Mittel für die Verbrechensaufklärung. „Wir sind keine amerikanischen Sherlock Holmes, so arbeiten wir nicht, das brauchen wir nicht, bei uns legt man von selbst Geständnisse ab“, – das sind im wesentlichen die Arbeitsmethoden unserer Polizei“, sagte der Vertreter der Menschenrechtgruppe aus Charkow. Nach seinen Worten geht die Anzahl der schweren körperlichen Verletzungen infolge der Misshandlungen bei der Polizei in die dutzende Tausende. Viele Mitarbeiter der Rechtschutzorgane, vermerkte A. Butschenko, rechtfertigen die Anwendung von Folter „unverhohlen“. „Das sei natürlich eine verhängnisvolle Erscheinung, und wenn wir diesbezüglichen Widerstand in der Gesellschaft nicht auslösen, würden wir kaum Erfolge verzeichnen können“. Wie er des Weiteren sagte, gebe es „schockierende“ Videoaufnahmen der polizeilichen Verhöre, die unter Anwendung von Folter im vergangenen Mai stattgefunden hatten.

Die Vertreterin des ukrainisch-amerikanischen Büros für Menschenrechte, Tatiana Jablonskaja, stellte fest, in der Ukraine sei bislang „kein Mechanismus für die Revision der Sachen ausgearbeitet, nach denen Menschen bereits abgeurteilt sind, die in Gefängnisse abwandern, nachdem sie unter Druck der Polizei gegen sich selbst ausgesagt haben.. 72% der Menschen, die ihre Strafe abbüßen, erklären, sie seien physischen Druckmethoden ausgesetzt worden“.

Die stellvertretende Direktorin der AI-Programme für Europa und Mittelasien Galja Govan berichtete den Journalisten über ihr jüng-

stes Treffen mit dem Innenminister Juri Luzenko sowie einigen Amtspersonen des Ministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft. Nach ihren Worten, „haben die Vertreter des Ministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft zugegeben, Folterungen seien auf der Tagesordnung und man sich mit diesem Problem irgendwie beschäftigen sollte“.

Frau Govan ist der Meinung, dass zur Verhinderung der Straflosigkeit der Artikel 127 des Strafgesetzbuches der Ukraine zu ergänzen wäre, indem man alle Elemente des Begriffs „Folter“ einschließt, die im Artikel 1 der Konvention gegen Folter aufgelistet werden. Die Regierung der Ukraine müsste die Gründung einer unabhängigen Organisation in Betracht ziehen, die Mitteilungen über die Menschenrechtverletzungen seitens der Mitarbeiter der Rechtschutzorgane untersuchen würde. Der Vorstandsvorsitzende der internationalen Gesellschaftsorganisation „Die internationale Liga zum Schutz der Bürgerrechte in der Ukraine“ Eduard Bagirow teilte über bekannt gewordene Fakten der Folteranwendung von ukrainischen Polizeibeamten und Verweigerungen der Eröffnung strafrechtlicher Verfahren gegen sie mit.

Nach seinen Worten, werde den Personen, die eine Beschwerde über Folter wagen, Weigerung der Verantwortung bzw. Verleumdung der Polizeibeamten zur Last gelegt. „Unsere Zeit erinnert uns an die Zeit von NKWD und Wyschinskij, als die Menschen, die ihre Rechte behaupten wollten, eingeschüchtert und bedroht wurden“, stellte der Rechtschützer fest.

Es ist faktisch undurchführbar, einen Mitarbeiter der Polizei, der Staatsanwaltschaft bzw. des Sicherheitsdienstes zur Verantwortung für das begangene Verbrechen zu ziehen. „Gelangt die Taten dieser Angehörigen nach draußen, so müssen die Schuldigen sie verantworten, wenn sie aber unter den Teppich gefegt werden, schließt man die Sachen im „Familienkreis“ ab“, kommentiert Bagirow. „Das heißt, dass strafrechtliche Verfahren gegen die Mitarbeit-



er der Rechtschutzorgane nur dann eröffnet werden, wenn jemandem aus der Leitung der Machtgremien nützlich erscheint, sich als eifriger Kämpfer für die Sauberkeit der Reihen zu präsentieren, um die nächste Stufe auf der Karriereleiter besteigen zu können“.

Vertreter einer Oppositionspartei wurden aus dem Gerichtssaal hinausgejagt, ein Kind erlitt Verletzungen

■ Am 27. Oktober wurde die Verhandlung im Petcherskij Bezirksgerichtshof über den Aktivisten der „Bratstwo“

* Eine Partei, die sich von antiglobalistischen Ideen leiten lässt. Ihr Vorsitzender ist Dmitrij Kortschinskij. Drei Aktivisten der „Bratstwo“ befinden sich in der Haft seit Anfang September.

Alexander Lebedjew abgeschlossen. Das Urteil lautete auf Verlängerung der Haft um weitere 4 Monate. Die Verhandlungen in den Sachen von Alexander Schwewizow und Alexander Bascharin wurden verjagt.

Wie die Propagandaabteilung der Partei „Bratstwo“ mitteilt, wollten 7 Aktivisten während der Gerichtsverhandlung in den Saal kommen, weil die Verhandlung öffentlich ausgetragen wurde. Sie wurden aber von Mitarbeitern der Sondereinheit „Berkut“ in den Raum nicht hineingelassen. Gewaltsam stießen diese „Rechtsschützer“ die Aktivisten nach draußen aus, wobei sie Gummiknüppel einsetzten. Der Reporter der Zeitung „Bratstwo“ Alexej Serdjuk wurde so stark auf den Kopf geschlagen, dass das ganze Gesicht verblutet war. Unter die Knüppel der „Berkut“ geriet auch ein 9-jähriger Junge, der Sohn eines der Polithäftlinge aus der „Bratstwo“.

Während der darauf folgenden Protestaktion vor dem präsidentialen Sekretariatsgebäude am 24. Oktober versprach Wiktor Juschtschenko, sich in zwei Tagen mit der initiativen Gruppe der Partei „Bratstwo“ zu treffen. Der Sinn des Treffens läge in Aufnahme der Verhandlungen über die Freilassung der politischen Häftlinge der Partei.

Der Präsident aber hat sein Versprechen nicht eingehalten. Als die Parteimitglieder erneut die Freilassung der politischen Häftlinge verlangen und ihre Forderungen dem Sekretariat vorlegen wollten, kam es direkt vor dem Gebäude schon zu Zusammenstößen zwischen den Aktionsteilnehmern und Mitarbeitern der Sondereinheit „Berkut“, in deren Verlauf es Gelittene gab. Dieser Konflikt wurde von den Sekretariatsbeamten veranstaltet mit dem Ziel, die Demonstranten nicht an die „Hochburg“ Wiktor Andrejwitschs zuzulassen“, teilt die Propagandaabteilung der „Bratstwo“ mit.

Rechtschutzorgane machen Druck auf Abgeordnete, die gegen strafrechtliche Verantwortung zweier oppositioneller Abgeordneter gestimmt haben

■ Am 27. Oktober wurde auf der Tagung des Mukatschewskij Stadtrats, Sakarpatzkaja Region, der Antrag der Generalstaatsanwaltschaft behandelt, in dem es um die Zustimmung der Abgeordneten mit der Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens gegen die Abgeordneten, Mitglieder der SDPU (V), I. Tschubirko und J. Maleschko, ging.

Wie die Pressestelle der Sakarpatzkij Regionalleitung der SDPU (V) mitteilt, haben die Volksvertreter diesem Antrag der Staatsanwaltschaft nicht zugestimmt, obwohl sie darum persönlich vom Bürgermeister von Mukatschewo Wassilij Petjowka gebeten wurden. Der Abgeordnete des Mukatschewskij Stadtrats, Iwan Gardubej, teilte mit, dass seit der Tagung alle Abgeordneten, die gegen die strafrechtliche Verantwortung Tschubirkos und Maleschkos gestimmt haben, dem Druck seitens der Rechtschutzorgane ausgesetzt seien. „Es werden alle Mittel eingesetzt, um von den Abgeordneten die Änderung ihrer Entscheidung zu erpressen“, erklärte Iwan Gardubej. Am 30. Oktober stimmten die Abgeordneten der strafrechtlichen Verantwortung Tschubirkos und Maleschkos erzwungenermaßen zu.

Vertreter der Staatsanwaltschaft versuchen am Vorabend der Parlamentswahl den Führer einer Oppositionspartei zu diskreditieren

■ Am 20. Oktober ist in Kiew ein Untersuchungsrichter der regionalen Donezkaja Staatsanwaltschaft angekommen, um die Beraterin Wiktor Janukowitschs, Anna German, als Zeugin in der Sache über die Vorstrafeteilung des ehemaligen Präsidentenkandidaten zu verhören.

Wie darüber die Zeitung „Kommersant“ mitteilt, seien weder Frau German noch die Anwältin des Führers der Partei der Regionen, Elena Lukasch, über das bevorstehende Verhör im vorab informiert worden. Die dadurch



Elena Lukasch



Anna German

entstandene Resonanz schätzten die Anhänger Herrn Janukowitschs als einen Versuch ein, den Oppositionsführer am Vorabend der Parlamentswahl zu kriminalisieren.

Über die Vorbestrafungen Wiktor Janukowitsch wurde im vergangenen Mai öffentlich bekannt. Augenblicklich werden vermeintliche Fakten der Dokumentenfälschung über die Rehabilitierung Wiktor Janukowitschs untersucht. Dazu stellte der regionale Staatsanwalt Alexej Baganez auf einer Pressekonferenz in Donezk fest, es bliebe nur einige Ermittlungshandlungen übrig: „Man hat eine kolossale Arbeit geleistet. Es wurden praktisch alle Handlungen durchgeführt, eine Begutachtung ausgenommen, um die Fakten der Fälschungen zu beweisen“.

Nach den Worten des Staatsanwalts, könnten das Ergebnis der fehlenden Begutachtung und das Verhör der zwei verbliebenen Zeugen „die Situation in ein richtiges Licht stellen“. Deshalb sei am Mittwoch der Untersuchungsrichter aus Donezk nach Kiew abgereist, um eine Zeugin zu verhören – die ehemalige Pressesprecherin und jet-

zige Beraterin des Führers der Partei der Regionen, Anna German. Den Namen des zweiten Zeugen wollte der Staatsanwalt nicht benennen.

Wie Anna German selbst der Zeitung „Kommersant“ mitteilte, habe sie keine offizielle Vorladung aus der Staatsanwaltschaft erhalten:

„Darüber habe ich aus dem Internet erfahren. In dieser Angelegenheit hat sich keiner mit mir in Verbindung gesetzt“, sagte sie und betonte ihre Bereitschaft, den Vertreter der Staatsanwaltschaft jederzeit zu treffen. Auf die Aussage des Staatsanwalts, er könnte gegebenenfalls zum Artikel 63 der Verfassung greifen, reagierte Anna German wie folgt: „Ich würde Baganez nicht raten, mir zu empfehlen, was ich zu tun hätte. Irgendwie komme ich selber klar, wie ich mich verhalten muss. Wenn aber Baganez meint, dass mein Verhör nötig wäre, dann lehne ich es nicht ab. Deshalb war es komisch, einen Kommentar dieser Art zu lesen. Ich war immer bereit, mich mit dem Staatsanwalt zu treffen und Aussagen zu tätigen, doch weiß ich nicht, wieso er mir die Artikel aufzwingt, hinter denen ich mich zu verstecken hätte?“.

Über voraussichtliche Zeugenverhöre war auch der Anwältin Wiktor Janukowitschs, Elena Lukasch, nicht bekannt: „Wir hatten darüber keine Informationen, kein Untersuchungsrichter hat uns je aufgesucht. Keiner von allen, die ich kenne bzw. juristisch vertrete, wurde verhört. Und niemand teilte uns das mit, weder schriftlich noch telefonisch“.

Anna German und Elena Lukasch sind geneigt, die Äußerungen des Staatsanwalts der Donezkaja Region als vorsätzlichen Druck auf den Oppositionsführer einzuschätzen.

„Ich bin sicher, dass es eindeutig um Druck auf Janukowitsch und seine Umgebung geht. Das ist nur ein weiterer Versuch, die Geschichte über die Vorbestrafungen Janukowitschs aufzurollen, etwas Anderes steckt dahinter nicht und kann einfach nicht sein“, erklärte Frau German. Ihrerseits vermerkte Frau Lukasch, dass am Vorabend der Parlamentswahl ähnliche Informationen nur am Umfang gewinnen würden, weil die aktuelle Geschichte auf „die Kriminalisierung Wiktor Janukowitschs in den Augen der Öffentlichkeit“ abzielt.

FREIHEIT FRIEDLICHER VERSAMMLUNGEN

Die Polizei sperrte eine friedliche Demonstration

■ Am 14. und 15. Oktober veranstaltete und führte die gesellschaftliche Organisation „Narodnaja opposizija“* in der Hauptstadt der Ukraine massenhafte Protestaktionen durch, an denen täglich mindestens 6.000 Aktivisten teilnahmen.

Wie die Pressestelle der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine (PSPU) mitteilte, habe am Vorabend der Petscherskij Bezirksgerichtshof unrechtmäßig die Durchführung der friedlichen Aktionen am 14., 15. und 16. Oktober eingeschränkt. Am 14. Oktober folgten tausende Gläubige dem Aufruf des Bundes der orthodoxen Bürger der Ukraine zu einer Kreuzprozession, um die kanonische Orthodoxie zu schützen. An diesem Tag leistete die Polizei Unterstützung, indem sie für die Ordnung sorgte, und die Aktion verlief ohne jegliche Zwischenfälle. Doch am 15. Oktober, als in Kiew eine antifaschistische Aktion durchgeführt wurde, verletzte die ukrainische Macht massiv die Rechte und Freiheiten der Bürger der Ukraine.

Die gesellschaftliche Organisationen (die Arbeitskonföderation der Ukraine - Gesamtkrainische Gewerkschaften und die gesamt-

* Eine politische Vereinigung, die von der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine (PSPU) mitgegründet ist. Diese linksausgerichtete Partei wird von Natalia Witrenko geführt.

tukrainische Frauenorganisation „Dar shizni“) hatten das Oberbürgermeisteramt Kiews über die Durchführung dieser antifaschistischen Aktion benachrichtigt, indem sie entsprechend der verfassungsmäßigen Ordnung genau die Anfangszeit, den Marschweg und Ort der Kundgebung angaben. Doch unter größter Missachtung der Europäischen Konvention zum Schutz der grundlegenden Rechte und Freiheiten, der Artikel 34 und 39 der Verfassung der Ukraine sperrte die ukrainische Macht diese friedliche Demonstration auf dem Maidan der Unabhängigkeit der Sondereinheiten „Bars“ und „Berkut“ eingesetzt wurden, erlaubten sie nicht, den in der Benachrichtigung angegebene Marschweg einzuhalten, d. h. den Durchgang zum Europäischen Platz mit einer anschließenden Protestkundgebung.

Die Polizei suchte laufend die Protestposten auseinander zu jagen und nahm Witalij Ploschkin sowie zwei weitere Aktivisten der PSPU fest. Doch den „schweren Jungens“ aus nationalistischen Gruppen erlaubte die Polizei alles: sie initiierten Schlägereien, beschimpften und provozierten friedliche Demonstranten, nahmen von Gläubigen ihre Symbolik weg und verbrannten sie, warfen gegen die Aktionsteilnehmer Steine, Gemüse und Farben. All diese Untaten geschahen vor den Augen der Polizeibeamten.

Gegen die gegenüberliegende Seite aber wurden alle möglichen Einflussmaßnahmen eingesetzt. Leiden musste u. a. die Volksabgeordnete Ekaterina Samojlik, gegen die die Polizisten physische Gewalt anwandten. Aber am meisten konnte die Polizei aus unerklärlichen Gründen Wladimir Martschenko nicht leiden: der Chefredakteur der Zeitung „Narodnaja opposizija“ wurde buchstäblich gejagt und konnte seine beruflichen Pflichten nicht erfüllen. Wladimir Romanowitsch musste sich sogar körperlich zur Wehr setzen.

Darüber hinaus schreckte die Polizei nicht



einmal vor der Gewaltanwendung gegen die Gläubigen zurück, die inmitten der Kretschatik-Straße friedlich beteten. Man schlug sogar auf eine alte Frau, die Ikonen in der Hand hatte, zerstampfte kirchliche Fahnen und Kreuze. Die Polizisten sperrten ebenfalls den Ausgang von den Tribünen und ließen die Gläubigen nicht zu ihren Brüdern und Schwestern zu.

Es wurden Versuche der Bandera-Leute verzeichnet, technische Mittel der Manifestanten zu beschädigen und das Tribünenfahrzeug in Brand zu setzen. Doch die Nationalisten schafften es nicht, weil sich die um das Fahrzeug versammelten Menschen zur Wehr setzten. Die Handlungen der Polizei, indem

* An der Aktion nahmen ehemalige Veteranen der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) und Anhänger der Rehabilitierungsdeide dieser Armee teil, die enger Zusammenwirkung mit der nazistischen deutschen Armee verdächtigt wird. Nach dem Machtantritt Wiktor Juschtschenkos wurde das Rehabilitierungsthema der UPA lebhafter, u. a. aufgrund seiner loyalen Einstellung zu denen, die in der Ukraine lange Zeit als Gegner des Volkes galten, das den Nazismus besiegt hatte. Sie werden «Bandera-Leute» genannt.

sie sich rücksichtslos mit friedlichen Demonstranten in der Kretschatik-Straße abrechnete, waren einfach verblüffend.

Da die Macht und die Kraftstrukturen die in der Verfassung verankerten Normen der Massenaktionen grob verletzen, die Journalisten in der Ausübung ihrer professionellen Funktionen behinderten, Gewalt gegen die Gläubigen und friedlichen Demonstranten einsetzten, verlangen wir vom Präsidenten der Ukraine, alle Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, die die Rechte und Freiheiten der Bürger und Journalisten missachteten. Wir haben vor, die breite internationale Gemeinschaft über das totalitäre und antidemokratische Wesen der ukrainischen Macht wissen zu lassen, uns an ukrainische Gerichte und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu wenden, um die Rechte der Bürger der Ukraine zu verteidigen, die Errichtung der faschistischen Diktatur nicht zu zulassen. So wird in der Pressemitteilung festgestellt, die von der Vorsitzenden der PSPU, Natalia Witrenko, abgezeichnet wurde.

Die PSPU verlangt vom Präsidenten die Entlassung des Innenministers, weil die Polizei in Kiew eine friedliche Demonstration niedergeworfen hat

■ Am 26. Oktober wurde der stellvertretende Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine, der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Vereinigung „Die Arbeitskonföderation der Ukraine“, Wladimir Martschenko, in die Hauptverwaltung für Ermittlung des Innenministeriums der Ukraine schriftlich vorgeladen

Wie die Pressestelle der PSPU mitteilt, „wurde er als Zeuge in der Sache über Massenunruhen am 15. Oktober in Kiew vorgeladen, obwohl für die erwähnten Ereignisse die Organe des Innenministeriums mit Juri

Luzenko an der Spitze die Verantwortung tragen. Sie haben grob die verfassungsmäßigen und Konventionsrechte der Bürger der Ukraine verletzt, insbesondere das Recht auf friedliche Versammlung in Form des antifaschistischen Marsches, der von der Progressiven Sozialistischen Partei angekündigt und durch eine Gerichtsentscheidung bestätigt wurde. Die Polizei war verpflichtet, die Realisierung dieses bürgerlichen Rechts zu gewährleisten, doch stattdessen verletzte sie selber das Gesetz. Gerade die Polizei versperre dem Marschzug der PSPU den Weg vom Maidan zum Europäischen Platz, gerade sie beengte grob die Kolonnen, indem sie offenbar versuchte, die Kretschatik für den Aufmarsch der Bandera-Leute aufzuräumen. Der Innenminister Luzenko wird natürlich von sich selbst nicht zurücktreten. Er muss vom Präsidenten Juschtschenko entlassen werden, weil die internationale Gemeinschaft sowieso den Wiederaufbau der Ordnung in der Ukraine verlangen wird. Das Innenministerium wird es nicht schaffen, die PSPU einzuschüchtern und die Reinigungsprozesse in der Ukraine zu stoppen“.

* Eine Straße und ein Platz in der Stadtmitte Kiews.

XENOPHOBIE UND EINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT

Unter Mitwirkung der Machtvertreter werden die Rechte orthodoxer Gläubiger verletzt

■ In der Rowenskaja Region dauert die Konfrontation zwischen den Ukrainischen Orthodoxen Kirchen des Moskauer Patriarchats (UPZ MP) und des Kiewer Patriarchats (UPZ KP) an. Die Abtrünnigen geben ihre Hoffnung nicht auf, die Heilige-Auferstehungskirche zu erstürmen und sich ihrer zu bemächtigen, weil deren Vorsteher aus dem UPZ MP zum UPZ KP gewechselt hat.

Die Gläubigen stellen sich nicht hinter die Entscheidung des ehemaligen Geistlichen und lehnen die Übergabe der Kirche ab. Früher hat sich die Rowenskaja Diözese mehrmals an den Präsidenten und Generalstaatsanwalt der Ukraine gewandt, indem sie auf Amtsmissbräuche der örtlichen Macht hinwies, die die Verletzungen der Rechte der Gläubigen zur Folge haben.

Auch der Führer der Partei der Regionen, Wiktor Janukowitsch, forderte den Präsidenten auf, die Gläubigen vor der Willkür des Gouverneurs der Rowenskaja Region, Wassilij Tschernowonij, zu schützen:

„Herr Präsident, ich appelliere an Sie, Ihre Funktion als Garant der Verfassung wahrzunehmen und die verbissenen Verfolgungen der Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche in der Rowenskaja Region einstellen zu lassen. Der dortige Chef der staatlichen Regionaladministration, Wassilij Tschernowonij,

beschließt Verordnungen und unternimmt andere grobe Aktionen, die auf Beschlagnahmen der Kirchengebäude der Ukrainischen Orthodoxen Kirche von den Anhängern des nicht kanonischen Kiewer Patriarchats hinauslaufen. Solche eindeutig mittelalterliche Aktionen sind für einen zivilisierten europäischen Staat inakzeptabel. Infolge der provokativen Handlungen dieses örtlichen Fürsten und des Raubüberfalls seiner militanten Burschen ist bereits erstes Blut geflossen.

Die Haltung des Chefs der staatlichen Rowenskaja Regionaladministration, seine feindselige Einstellung gegenüber den Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, indem dieser regionale Fürst sie offen diskriminiert und gleichzeitig seine Zuneigung zu den Gläubigen der orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats empfindet, rufen in der Region eine zerbrechliche Situation herbei. Die Gesellschaft wird praktisch in den Anfang der 90. Jahre zurückgeworfen, als die Vertreter aller in der Ukraine tätigen Kirchen in zwischenkonfessionellen Konflikten gegenüberstanden.

Wenn aber die Ereignisse, die über zehn Jahre zurück liegen, sich durch komplizierte Aufbauprozesse des ukrainischen Staates und fehlende Erfahrungen der Macht erklären ließen, so können die jetzigen Aufrufe der staatlichen Rowenskaja Regionaladministration offenen verfassungsfeindlichen Auftritten gleichgesetzt werden. Man läuft Gefahr, die große Arbeit zu vertun, die die vorangegangene ukrainische Macht zur Regelung zwischenkonfessioneller Spannungen und der Bildung einer Atmosphäre der stabilen Verhältnisse zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Konfessionen geleistet hat. Diese jetzt relativ ruhige Atmosphäre kann explodieren, und nur deshalb, weil sich verantwortungslose Personen, Politiker mit abenteuerlichen Neigungen an der Macht in der Rowenskaja Region befinden.

Ausgehend von den Gefahren, die durch

ähnliche Aktionen heraufbeschworen werden, halte ich es für unerlässlich, alle notwendigen Schritte zu verlangen, die abenteuerliche Entscheidungen der staatlichen Führung in der Rowenskaja Region stoppen können. Als Garant der Verfassung müssen Sie sich entscheiden für den Schutz der legitimen Bürgerrechte einsetzen. Im entgegengesetzten Fall würden ausgerechnet Sie die Verantwortung für die Folgen eventueller zwischenkonfessioneller Kollisionen, für den tatsächlichen Anfang des zwischenreligiösen Kampfes in der Ukraine tragen. Aus diesem Grund fordere ich die sofortige Entlassung Wassilij Tscherwonij vom Posten des Chefs der staatlichen Rowenskaja Regionaladministration, die Einstellung der Einheizung der zwischenkonfessionellen Zwistigkeiten, die Nichtzulassung der Beschlagnahmungen des Eigentums (Kulturbauten und Anlagen) von ihren legitimen Eigentümern, die Aufhebung aller rechtswidrigen Beschlüsse der staatlichen Rowenskaja Regionaladministration“.

Im Zusammenhang mit sich häufenden Überfällen wurde die Bewachung des Russischen Kulturzentrums verstärkt

■ Die regionale Hauptverwaltung des Innenministeriums in der Lwowskaja Region musste wegen permanenter Überfälle die Bewachung des Russischen Kulturzentrums in Lwow verstärken. Darüber wird im Antwortschreiben der Vertretung des Außenministeriums in Lwow auf die Protestnote des Generalkonsulats Russlands mitgeteilt.

Wie die Internet-Ausgabe „Nowij Region“

berichtet, habe die Polizei die Marschrouten ihrer Straßenstreifen maximal dem Zentrumsgebäude näher gebracht. Die regionale Verwaltung des Innenministeriums verpflichtete auch das Lytschakowskij Polizeibezirksamt umgehen auf alle Mitteilungen über Überfälle zu reagieren.

Ende September richtete das Generalkonsulat Russlands in Lwow an die Vertretung des Außenministeriums in Lwow eine Protestnote wegen der Befleckung der Wände des Russischen Kulturzentrums mit antirussischen Aufschriften. Unbekannte hatten auch früher das Gebäude des Russischen Zentrums überfallen: so zerstörten sie u. a. die Puschkin-Büste an der Gebäudefassade, bekritzelten mit beleidigenden Aufschriften die Außenwände, schlugen Fenster ein und sprengten sogar die Einlasstür des Zentrums.

DISKRIMINIERUNG NACH SPRACHPRINZIP

Wegen Ausstrahlung in russischer Sprache wird einer Rundfunk- und Fernsehgesellschaft mit Lizenzentzug gedroht

■ Eine Rundfunk- und Fernsehgesellschaft riskiert, den Sendelizenz zu verlieren, weil ihre Programme „zu viel“ russische Sprache enthalten

Wie die Zeitung „Nascha gazeta plus“ mitteilt, beabsichtige der Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk der Mediengesellschaft, der TRK „Ukraina“, eine Mahnung wegen ihrer Informations- und Unterhaltungsprogramme in russischer Sprache auszusprechen. Kürzlich habe das der Chef des Nationalrats Witalij Schewtschenko bekannt gegeben. Nach seinen Worten, liege das Hauptproblem der TRK „Ukraina“ in der russischen Synchronisierung und Übertragung nicht ukrainischer Programme und Spielfilme. Darüber hinaus, vermerkte Herr Schewtschenko, habe die TRK „Ukraina“ während der Präsidentschaftswahl immer wieder das Gesetz verletzt. Auf welche Weise, wollte er zwar nicht präzisieren. Dadurch ließ er den der Sache mit dem „Donezkij Kanal“ unterlegte politischen Inhalt nicht widerlegen.

In ihrem Interview der Zeitung „Nascha gazeta plus“ erklärte die Chefredakteurin des Kanals, Marina Mirgorodskaja, dass die Massenmedien des Landes im vergangenen September eine gewisses Memorandum zu unterzeichnen hätten, in dem es um den angeblich freiwilligen Übergang auf die 100prozentige

ukrainische Sprache gehen sollte. Nach der Unterzeichnung beabsichtigte der Nationalrat eine Begutachtung aller Kanäle, um die Erfüllung dieses Memorandums zu prüfen, mit anderen Worten, ob sich die Fernsehleute willfährig zeigen oder trotzköpfig weiter russisch sprechen würden.

„Wir haben den Text dieses Memorandums gelesen, doch niemand hat uns aufgefordert, es zu unterschreiben. Trotzdem wurde das Monitoring durchgeführt. Nach unserer Meinung, außerplanmäßig. Unsere Sendungen wurden vom 23. bis zum 26. September beobachtet, dabei wurde neben der russischen Sprache nur eine einzige Verletzung festgestellt – die Ausstrahlung des zusätzlichen Werbeblocks.“

Was aber das hauptsächlichste Problem, die Ausstrahlungssprache, anbelangt, so verbietet weder die Verfassung der Ukraine, noch die Europäische Charta über Sprachen, noch andere Gesetze die russischsprachigen Programme. Ganz im Gegenteil, weil in den südlichen und östlichen Gebieten der Ukraine die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Alltagsleben das Russische gebraucht.

Während die Landesführung entscheidet, in welchen Sprachen die Sendungen zu erfolgen hätten, verliert der Kanal die Zuschauer, die seine russischen Sendungen vorziehen. „Bei uns gehen massiv Briefe mit Bitten ein, vollständig auf das Russische überzugehen, doch wir können ihnen nicht Folge leisten, weil uns seitens des Nationalrats eine Gefahr droht. Im Ergebnis verlieren wir unsere Popularitätsquoten, während sich unsere ostukrainischen Zuschauer auf russische Kanäle umschalten, d.h. verweigern dem einheimischen Produzenten ihre Unterstützung“, stellte Marina Mirgorodskaja fest.

Vor kurzem hielten sich in Donezk mit unterschiedlichen Zielen der Führer der Sozialistischen Partei der Ukraine, Alexander Moros, und die amerikanische Botschafterin in der Nato, Victoria Nuland, auf. Seinerzeit hatten

die beiden der TRK „Ukraina“ Interviews gegeben und sich an ihren Live-Sendungen beteiligt. Der amerikanischen Botschafterin kam es lächerlich vor, über ukrainischsprachige Programme in der russisch sprechenden Region zu hören.

In allen Ländern der Welt mit zwei oder mehr Amtssprachen (die Niederlande, Kanada, Finnland, die Schweiz und weitere noch) werden die Menschen nicht gehindert, Radio zu hören und fernzusehen in der Sprache, die ihnen mehr gefällt. Natürlich, unter Berücksichtigung ethnischer Gruppen und ihrer Siedlungsräume. Um so stärker müsste es für die Ukraine gelten, wo sich, historische bedingt, rund die Hälfte der Einwohner der rus-

sischen Sprache bedienen“, schließt die „Nascha gazeta plus“.

In der offiziellen Erklärung der Fraktion der SDPU (V) „Über Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit an der Schwelle der Wahlkampagne“ wird dazu festgestellt:

„Was sich augenblicklich um die Fernsehkanäle „TET“, „KRT“, „NTN“ und TRK „Ukraina“ ereignet, entspricht keinem einzigen Kanon eines demokratischen Staates. Eine besondere Beunruhigung ruft die Bestrebung der Macht hervor, die Sprachfrage durch Einmischung in die Tätigkeit der TRK „Ukraina“ zu politisieren und die Unzufriedenheit der Einwohner der südöstlichen Region zu provozieren“.

MEINUNGS UND PRESSERFREIHEIT

Eine Fernsehreporterin, die Korruptionsfälle in der Macht untersuchte, wurde überfallen

■ Am 4. Oktober wurde in Dnepropetrowsk spätabends die Journalistin Natalia Wlassowa von einem Unbekannten verprügelt

Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, folge aus der polizeilichen Lagemeldung, dass der unbekannte Täter „aus rowdyhaften Motiven einige Schläge auf den Kopf und Oberleib versetzt“. Als die Schnelle Hilfe die Reporterin in das 16. Städtische Krankenhaus einlieferte, wurden geschlossene Schädelhirnwunden, Gehirnerschütterung und Brustkorbrauma diagnostiziert. Die Ermittlungsabteilung des Kirowskij Polizeibezirksamtes leitete ein strafrechtliches Verfahren nach dem Artikel 296, Teil 1, des Strafgesetzbuches ein, der auf Rowdytum lautet. Die Journalistin selbst verbindet der Überfall mit ihrer professionellen Tätigkeit.

Im Interview der Zeitung „Nascha gorod“ berichtete Natalia Wlassowa wie folgt: „An diesem Abend begab ich mich in den Regionalrat um dort Wiktor Wesselskij, Leiter der Hauptverwaltung für Gesundheitswesen der staatlichen Dnepropetrowskaja Regionaladministration, zu sprechen. Da er am Tag seinen Terminkalender voll hatte und für die Presse keine Zeit finden konnte, wurde für dieses Gespräch der Termin nach 22.00 Uhr abgestimmt. Unterwegs wurde ich nach dem Namen angerufen. Ich drehte mich um und sah einen großschlächtigen durchtrainierten

Mann. Er schlug mich mehrmals auf das Gesicht, von diesen Schlägen prallte ich ab und stieß mit dem Kopf gegen die Ecke eines Hauses. Danach versetzte er mir einen Schlag in das Sonnengeflecht, wieso ich das Bewusstsein verlor und zu mir erst kam, als bereits andere Journalisten neben mir standen“.

Vor dem Schlimmsten wurde sie von einer Kollegin gerettet, die ganz zufällig Zeugin dieses Verbrechens wurde. Sie fing an zu schreien, der Täter ergriff die Flucht, schaffte es aber dem Opfer noch zu drohen, es sei nur der Anfang.

Zuvor wurde Wlassowa mehrmals telefonisch bedroht. „Man warnte mich vor weiteren Suchen nach Informationen über eine politische Partei. Gerade beschäftigte ich mich mit der journalistischen Recherche: ob es stimmt, dass wirklich Plätze in den Wahllisten der Partei für den Stadt- und Regionalrat verkauft würden, ob es wirklich innerhalb dieser politischen Kraft Clans existieren, die sich wegen der Machtposten gegenseitig bekämpfen“.

Diese Version scheint auch der Chefredakteur der Informationsprogramme des 34. Kanals in Dnepropetrowsk, Ruslan Uralow, zu unterstützen: „Die journalistischen Nachforschungen führte sie aus eigener Initiative. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass die Wurzeln des Vorfalls hier liegen“.

Der Vorfall wird mit der Ausstrahlung einer Pressekonferenz der Mitglieder einer Bezirksorganisation der Partei „Batkivschina“ im 34. Kanal in Verbindung gebracht. Ihr Leiter, Juri Rudenko, erklärte damals: „Soweit uns bekannt wurde, hat sich der Preis für die ersten zehn Abgeordnetenmandate in der Wahlliste von Juni bis September von 50.000 auf 200.000 US-Dollar gewachsen. Ich meine natürlich, in der Wahlliste für den Stadtrat“.

Wie die Wochenzeitung „2000“ mitteilt,

* Eine zentristisch ausgerichtete Partei, die von der ehemaligen Premierministerin der Ukraine, Julia Timoschenko, geführt wird.

wurde in der letzten Zeit nur ein einziger Überfall auf Journalisten in Dnepropetrowsk aufgedeckt. Auf frischer Spur konnten die Ermittler der Kriminalpolizei Ende des vergangenen Herbsts, einer Räuber festnehmen, der einen Anschlag auf das Eigentum des Sonderkorrespondenten der gesamtukrainischen Ausgabe „Ukraine moloda“, Sergej Dowgal, gemacht hatte.

Im Babuschkinskij Polizeibezirksamt wird bis jetzt in der Kriminalsache über Zufügung schwerer Körperverletzungen dem bekannten Journalisten Oleg Klimow ermittelt, der in der Zeitung „Nasch gorod“ für kriminelle Thematik zuständig ist. Am 26. Juli hat ihn, am Eingang zum eigenen Haus, ein Schlag ins Gesicht getroffen. Die Brillengläser beschädigten dabei das Auge, wieso eine Operation notwendig wurde, um das Sehvermögen wiederherzustellen. Genau so fällt das Ermittlungsergebnis des Überfalls auf den Leiter der Informationsabteilung der Zeitung „Dnepr wetschernij“, Alexander Rasumnij, aus, der vor einigen Jahren stattfand.

Aus unbekanntem Gründen wurde die Kriminalsache über den Raubüberfall auf den eigenen Korrespondenten des Radio Liberty in Dnepropetrowsk, Gennadij Sacharow, abgeschlossen, der 2003 passierte. Bis jetzt wurden auch die Ursachen des verhängnisvollen Verkehrsunfalls im gleichen Jahr, in dem der Vertreter der internationalen Organisation „Reporter ohne Grenzen“ in der Dnepropetrowskaja Region, Wladimir Efremow, umkam. Nach der durchgeführten Ermittlung wollte die Regionalverwaltung des Innenministeriums diese Sache ad acta legen, und nur nach zahlreichen Beschwerden der Verwandten und nachdrücklichen Appellen einiger angesehener internationaler Organisationen wurde die Sache zur erneuten Untersuchung übergeben, diesmal in die Staatsanwaltschaft.

Dem Journalisten einer Geschäftszeitung wurde unter Drohungen in der Recherche der Korruptionsfälle untersagt, in die hoch angestellte Beamte involviert sind

■ Der frühere stellvertretende Chefredakteur der Zeitung „Business“, Alexander Dranikow, wandte sich an das Innenministerium und die Generalstaatsanwaltschaft mit dem Ersuchen, in Drohungen an seine Adresse zu ermitteln.

Wie darüber die Zeitung „Kiewskije wedomosti“ berichtet, habe der Journalist seit Frühjahr 2004 in politischen Karrieren und geschäftlichen Aktivitäten einer ganzen Reihe von Politikern recherchiert, die Juschtschenkos während der Präsidentschaftswahl dem politischen Block Wiktor angehörten. Insbesondere betrifft dies Alexander Tretjakow, David Shwanija und Ewgenij Tscheronenko.

Der Anfang seiner Recherchierung fiel mit dem Zeitpunkt zusammen, als gegen den Mehrheitsinhaber der Holding „Bliz-Info“ (das Unternehmen gibt die ukrainische Geschäftszeitung „Business“ heraus), Sergej Melnitschuk, eine strafrechtliche Verfolgung angesetzt wurde. Alexander Dranikow teilte mit, dass Herr Melnitschuk die Ergebnisse der jour-

* Im März 2004 leitete die staatliche Steueradministration auf Anweisung der Generalstaatsanwaltschaft ein strafrechtliches Verfahren gegen Sergej Melnitschuk ein, der der Steuerhinterziehung in besonders großem Umfang beschuldigt wird. Der Konflikt zwischen dem Unternehmen und der Steueradministration dauert noch an.

nalistischen Untersuchung für die Einstellung seiner eigenen Verfolgung missbrauchte: „Die von mir vorbereiteten Publikationen lieferten meinem Arbeitgeber Sergej Melnitschuk Trümpfe in die Hände, mit denen er hinter dem Rücken der Journalisten den Kuhhandel mit der heutigen Macht über eigene geschäftliche Präferenzen aufnahm“, erklärte Dranikow. Nach seinen Worten, initiierte Melnitschuk Mitte Juli Verhandlungen mit dem Fraktionsvorsitzenden der „Nascha Ukraina“ in der Werchowonaja Rada, Nikolaj Martynenko, und verbot Dranikow persönlich, jegliche negative Berichte über diesen Politiker zu veröffentlichen. Darüber hinaus, sagte der Journalist weiter, ordnete Melnitschuk Anfang August an, die journalistischen Recherchen im Handel mit gefälschten Wodkasorten einzustellen, den die Firmen trieben, zu deren Gesellschaftern auch Tretjakow gehörte.

Wie Dranikow erklärte, habe ihn Melnitschuk auf seine Proteste aufgefordert, eine Recherche in den Aktivitäten des Kiewer Oberbürgermeisters, Alexander Omeltschenko, bzw. des Vorsitzenden der Werchowonaja Rada, Wladimir Litwin, anzufangen. Der Journalist weigerte sich. Und dann habe ihm der Chefredakteur der „Business“, Igor Kanewskij, den Wunsch Melnitschuks übermittelt, aus eigener Initiative zu kündigen. Bereits am nächsten Tag wurde ihm der Zugang ins Arbeitszimmer gesperrt. Als Dranikow die Kündigung trotz des Drucks seitens der Geschäftsführung ablehnte, setzten Erpressungen an. Insbesondere wurde er am 11. Oktober auf dem Heimweg von zwei jungen Männern angehalten, die ihm unter Drohungen den Berufswechsel empfahlen. Nach diesem Ereignis wandte sich Dranikow suchend an das Innenministerium und die Generalstaatsanwaltschaft, indem er diesen zwei Behörden die Anträge durch eingeschriebene Briefe zustellte. Wie er mitteilte, sei er nominell noch nicht entlassen, befinde sich auf Krankenschein und sei im

Kündigungsfall bereit, dagegen eine gerichtliche Berufung einzulegen.

Aus Solidarität mit dem Journalisten der Zeitung „Business“, Alexander Dranikow, kündigten der Chefredakteur der „Business“, Igor Kanewskij, und der führende Reporter, Andrej Ogarenko.

Ein ausländischer Bürger, der sich in der Ukraine im Verlagswesen betätigt, wurde bedroht, sein Wagen war verbrannt

■ In der Nacht zum 1. Oktober setzten unbekannte Täter das Auto des Geschäftsführers des Journals „Paparazzi“ und des Eigentümers der Rundfunkanstalt „SuperNova“, des libanesischen Bürgers Walid Arfus, in Brand

Wie darüber die Zeitung „Fakty“ berichtet, war das Bently, das 250.000 Euro kostet, am Eingang des Wohnhauses geparkt, in dem Arfus wohnt. Nach den Worten des stellvertretenden Leiters des Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit der Hauptverwaltung des Innenministeriums der Ukraine in Kiew, Alexander Radkewitsch, stellte die operative Fahndungsgruppe am Tatort fest, dass die unbekannt Täter mit einem Hantelstück die Glasscheibe eingeschlagen und in den Innenraum des Fahrzeugs einen geöffneten Kanister mit brennbarer Flüssigkeit sowie eine angezündete Petarde hineingeworfen hatten. Im Ergebnis brannte der Innenraum des teuren ausländischen Wagens, der im vorigen Jahr in Frankreich gekauft wurde, total aus. Das Wohnhaus befindet sich, nebenbei gesagt, unter ganztägiger Bewachung einer bekannten Kiewer Sicherheitsfirma.

Im Interview der Zeitung „Fakty“ erklärte

Walid Arfusch, er habe keine geschäftlichen Probleme, und brachte das Ereignis nur mit dem Journal „Paparazzi“ in Verbindung: „Als ich am Donnerstag so etwa gegen 23.00 Uhr nach Hause zurückkehrte, gewann ich den Eindruck, als ob ich beschattet würde...“.

Der Herausgeber des Journals „Paparazzi“ Omar Arfusch, Walids Bruder, der sich in Frankreich aufhält, stellte dazu ergänzend fest:

„Ich bin der Meinung, dass dieser Vorfall auf das Journal, insbesondere die Titelseite des nächsten Heftes zurückgeführt werden kann, das letztendlich nicht erschienen ist. Anfang September kaufte ich für großes Geld die Aufnahmen des Sohnes des ukrainischen Präsidenten, Andrej Juschtschenko, der sich mit seiner Freundin in der Türkei erholt hatte. Wir hatten vor, ein Foto auf die Titelseite zu bringen und eine Reportage zu veröffentlichen. Das sind ganz anständige Fotos, sehr schöne sogar. Als es bekannt wurde, dass wir über sie verfügen, gingen bei Walid Anrufe von ziemlich einflussreichen Personen in der Regierung, deren Namen ich nicht benennen möchte, mit der Bitte ein, von der Veröffentlichung Abstand zu nehmen. Ihm wurde so direkt gesagt: „Am besten lasst ihr Andrej Juschtschenko in Ruhe“. Wir mussten die Ausgabe des nächsten Heftes einstellen, aber zwei Wochen später veröffentlichte die Zeitung „Kiev Post“ eine Annonce des Heftes mit dem Sohn des Präsidenten. Es kam wieder zu Anrufen mit der Forderung, das Heft nicht herauszugeben, die einem Ultimatum glichen.“

Ich habe mich danach von meinem Freund Robert Menard, dem Generalsekretär der internationalen Organisation „Reporter ohne Grenzen“, beraten lassen. Er sagte mir: „Falls Sie das nicht drucken lassen, werden Sie in diesem Land niemals Pressefreiheit haben...“. Am Donnerstag rief ich die Redaktion des „Paparazzi“ an und sagte: „In Ordnung, wir drucken das Heft“. Doch am Freitag früh rief mich Walid an: „Mach dir nur keine Sorgen, alles läuft okay, aber in der Nacht wurde mein Wagen verbrannt...“. Ich bin hundertprozentig sich-

er, dass dies alles mit der Publikation über Andrej Juschtschenko zusammenhängt, weil weder Walid noch ich irgendwelche andere Probleme hatten. Es kostete, es wolle, aber ich habe die Anweisung wiederholt, das Heft in Druck zu geben. Um jedes Geld...“.

Am gleichen Tag wollte Walid mit seiner Frau und zwei Kindern nach Frankreich abfliegen. Neben ihm saß einer der einflussreichsten Männer des früheren Ministerkabinetts und redete auf ihn ein, die Absicht fallen zu lassen. Doch Robert Menard und Omar Arfusch, die den Ex-Minister anriefen, erklärte dieser, er möchte nur Walid verabschieden. Nach Information der Zeitung „Fakty“, wurde der Abflug der Air-France-Maschine um zweieinhalb Stunden verschoben. Aus welchen Gründen, wurde öffentlich nicht bekannt gegeben, aber Omar Arfusch vermutet, das habe mit dem Versuch zusammengehungen, seinen Bruder aus der Ukraine nicht hinauszulassen.

Wiktor Juschtschenko beauftragte den Innenminister Juri Luzenko, die Ermittlung in dieser Sache unter seine persönliche Kontrolle zu stellen.

Die Herausgeber des Journals „Paparazzi“ klagen den Innenminister der Ukraine gerichtlich an, weil er sich gesetzwidrig in den Ermittlungsverlauf einmische

In seinem Interview der Zeitung „Kosmolskaja prawda“ gab der Innenminister Juri Luzenko bekannt, der Präsidentensohn Andrej Juschtschenko hätte schon seine Aussagen in der Sache über die Brandstiftung des Wagens des Herausgebers des Journals „Paparazzi“, Walid Arfusch, getätigt.

„Im Rahmen dieser Sache haben wir Andrej Juschtschenko verhört. Er will Omar Arfusch 2004 im Restaurant „Decadance“ kennen gelernt haben. Doch einen Konflikt, wie das die Brüder behaupten, habe es nicht gegeben. Wie übrigens auch freundschaftliche oder geschäftliche Verbindungen.“

Wie Luzenko weiter behauptete, hätten die Brüder Arfusch „eine dunkle Vergangenheit“.

„Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt bereits seit über einem Jahr in der Kriminalsache eines von ihnen. Soweit ich weiß, war er seinem Geschäftspartner eine große Summe schuldig, die er nicht zurückgeben wollte“.

Zugleich gab Luzenko einige Untersuchungsversionen preis:

„Es wäre gut möglich, dass das Auto von gewöhnlichen rowdyhaften Jugendlichen in Flammen gesetzt wurde. Wahrscheinlich auch von Personen, mit denen sich Walid Arfusch während der Arbeit im Journal „Paparazzi“ oder auf dem Rundfunk „SuperNova“ verfeindet hat. Wir untersuchten ebenfalls die Version, dass die Brüder Arfusch die Brandstiftung selber in der Hoffnung haben veranstalten können, die Versicherungssumme für den Wagen zu erhalten. Doch wir stellten fest, dass das Auto nicht versichert war. Es sind bereits die Ergebnisse der feuerbrand-technischen Begutachtung vorhanden, die die Ursache des Brandes feststellte. Allem Anschein nach hätte jemand einen Kanister mit Benzin und eine pyrotechnische Fackel auf den Rücksitz geworfen“.

Der Minister betonte auch, dass man das Verbrechen sorgfältig vorbereitet hatte: „Sonst ist kaum zu erklären, wieso im Augenblick alle Videoanlagen in der Umgebung abgeschaltet waren. Sie sind aber in der Kruglouniwersitetskaja-Straße, direkt im Stadtkern, wo sich der Vorfall ereignete, in großen Mengen installiert. So sind am Gebäude der EU-Kommissions-Vertretung in der Ukraine vier Kameras, am Haus in der Kruglouniwersitetskaja-Straße 14 – vier, am Gebäude der Botschaft der Islamischen Republik Iran – fünf, und schließlich am Haus in der Kruglouniwersitetskaja-Straße 13 – zehn Kameras aufgebaut“, gab Luzenko bekannt.

Wie die Zeitung „Kommersant-Ukraina“ berichtet, erzählte Herr Luzenko über den Untersuchungsverlauf auch ein zweites Mal,

indem er zu erkennen gab, dass die Organisatoren der Brandstiftung die Brüder Arfusch selbst gewesen sein sollten. Nach den Ministerworten, hätte die Nachbarin der Brüder Arfusch einen Mann in schwarzer Kleidung gesehen, der schnell in den Eingang ihres Wohnblocks einlief. Der Mann sollte Arfuschs Leibwächter ähnlich gewesen sein.

Etwa um die gleiche Zeit erfolgte auch die verspätete Reaktion des Sohnes des Präsidenten der Ukraine, Andrej Juschtschenko. Fast einen Monat nach der Bekanntgabe der Anschuldigungen gegen ihn, erklärte er in einem Fernsehinterview, er hätte nie die Brüder Arfusch bedroht.

Die Herausgeber des Journals „Paparazzi“, die Brüder Arfusch, gaben eine gerichtliche Klage über den Schutz ihrer Ehre und Würde gegen den Innenminister der Ukraine, Juri Luzenko, bekannt:

„Augenblicklich arbeiten unsere Anwälte an den Gerichtsklagen, um unsere Rechte zu verteidigen“, wurde in der gestern veröffentlichten Pressemitteilung der Brüder Arfusch berichtet. Außerdem beschuldigten sie Juri Luzenko der unbefugten Bekanntgabe von Untersuchungsergebnissen sowie Einmischung in die Arbeit der Ermittlungsbeamten: „Die Tatsache, dass die Anzeige von Luzenko erfolgt, ist als Einmischung in die Untersuchung einzuschätzen, weil der Minister außerhalb seiner Zuständigkeiten dem Ermittlungsrichter vorschreibt, welche Version Vorrang gegeben wird“, so die Pressemitteilung weiter.

Auf den Fernsehkanal, der auf der Wahl die Oppositionspartei unterstützte, wird politischer Druck ausgeübt

■ Wie die Zeitung „Nascha gazeta

plus“ mitteilt, versuchte die Macht bereits im vergangenen Frühjahr dem Fernsehkanal „NTN“ die Sendelizenz auf dem gerichtlichen Weg zu entziehen. Diese Idee wurde im Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk geboren, der sich damals größtenteils aus den Menschen zusammensetzte, die mit der neuen Macht kamen.

Der Volksabgeordnete Igor Schurma ließ in der Werchownaja Rada eine öffentliche Erklärung über den Druck verbreiten, der auf die Richter vom ehemaligen Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung, Pjotr Poroschenko, ausgeübt worden war.



Igor Schurma

Katerintschuk, stellte dazu fest, dass moralische Schäden in erster Linie für die Mitarbeiter des Kanals, sein Arbeitskollektiv entstehen:

Im Interview der Zeitung „Nascha gazeta plus“ führte sie u. a. aus: „Wir begreifen nicht, wofür wir einen Staat brauchten, der das Kollektiv bei der Arbeit stört und künstlich seine Entwicklung behindert. Alle sind doch hervorragend bewusst, dass niemand in den Kanal investieren würde, gegen den eine Klage eingeleitet ist. Augenblicklich hängen bei uns alle Projekte in der Schwebe, weil jeder normale Investor in so einer Situation den Kanal nicht finanzieren, sondern wenigstens die Abklärung der Situation abwarten würde... Die Macht, die über ihre eigenen medialen Ressourcen verfügt, beseitigt dadurch einfach die Konkurrenz“.

Die Pressestelle des Fernsehkanals „NTN“ ließ eine Mitteilung verbreiten, in der u. a. wie folgt festgestellt wird:

„Der Chef des Nationalrats Herr Schewtschenko erklärte, unser Kanal hätte eine „schlimme Vorgeschichte“. Vermutlich meinte er damit den Ursprung des Kanals in Donezk. Wer teilt in diesem Fall die Ukraine nach Sorten, d. h. der „Geschichte“ in seiner

Die Chefredakteurin des Kanals, Natalia

persönlichen Auslegung? Wir haben allen Grund festzustellen, dass die juristischen Probleme des „NTN“ doch dem politischen Boden entwachsen sind“.

Der Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk hindert den Oppositionskanal, sein Sendernetz zu erweitern

■ Die Partei „Derschawa*“ ließ eine Mitteilung der Pressestelle des Fernsehkanals „Kiewskaja Rus“ („KRT“) verbreiten, in der u. a. mitgeteilt wird:

„Vor einem Jahr verpflichtete der Wirtschaftliche Gerichtshof Kiews den Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk, die Sendelizenz des Fernsehkanals „Kiewskaja Rus“ („KRT“) um weitere 36 Sendefrequenzen zu erweitern, und fasste später, als das Gerichtsurteil in Rechtskraft getreten war, die Entscheidung über die Zwangsvollstreckung seines Urteils. Der Gerichtshof aber verrechnete sich mächtig! Der Nationalrat wollte keinesfalls das Urteil des Wirtschaftlichen Gerichtshofs befolgen – er konterte mit seiner eigenen Entscheidung, indem er die Unterlagen des Wirtschaftlichen Gerichtshofs der Hauptstadt der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, dem Obersten Justizrat und dem Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung mit dem Antrag über die Einschätzung der Richterhandlungen zuleitete. Nach ihrem Gang über die Instanzen kehrte die leidgeprüfte Sache ein Jahr später an den Wirtschaftlichen Gerichtshof Kiews zurück. In der erneuten Verhandlung fielte der Gerichtshof wieder ein Urteil über die Rechtmäßigkeit der Abänderungen in der Sendelizenz des „KRT“. Indem der Nationalrat das Gesetz erneut mis-

* Eine Partei der prussischen Ausrichtung, die sich für die Stärkung der orthodoxen Positionen des Moskauer Patriarchats einsetzt.

sachtete, erklärte er diesmal über seine Absicht, eine Berufung beim Wirtschaftlichen Appellationsgericht Kiews einzulegen. Diese Vorgehensweise des Nationalrats macht deutlich, dass er die unverhohlene Hetzjagd auf die oppositionellen Kanäle hervorragend in künstliche gerichtliche Entscheidungen verpacken kann, und allem Anschein nach seine Taktik nicht zu ändern beabsichtigt. Insbesondere macht er sich keine großen Sorgen aus dem totalen Fiasko seines Verfolgungsmarathons gegen den „Kiewskaja Rus“ („KRT“) im vorigen Jahr, und diese unermüdliche Behörde ist bereit, den Prozess gegen den in Ungnade gefallenen Kanal in die zweite Runde zu führen. Am Vorabend der Parlamentswahl versucht die Macht, mit unbequemen Massenmedien abzurechnen. Ihre Unduldsamkeit gegen die Meinungsfreiheit, die Andersdenkenden und politischen Opponenten kann nur über den Abbau der Demokratie in der Ukraine zeugen“.

Journalisten einer Oppositionszeitung wurden zu ihren Arbeitsplätzen nicht zugelassen, indem Stahltüren verschweißst wurden

■ Am 24. Oktober erschien die Mitarbeiter der Oppositionszeitung „Nasche wremja plus“ in Saporoschje wie gewöhnlich um 8.30 Uhr vor ihr Büro, konnten aber nicht zu ihren Arbeitsplätzen kommen.

Wie darüber die Pressestelle der SDPU (V) berichtet, „war der Gang des administrativen Gebäudes, in dem die Redaktion seit längerer Zeit die Büroräumlichkeiten mietet, durch eine mächtige Stahltür versperrt, die von der Innenseite verschweißst wurde. Die Zeitungsmitarbeiter konnten weder zu ihren Arbeitsplätzen

gelangen, noch eine plausible Erklärung der neuen Eigentümer des Gebäudes erhalten, in dem die Redaktionen vieler regionaler Zeitungen untergebracht werden, wofür es im Volksmunde „Haus der Presse“ genannt wird. Im Gebäude befindet sich auch die Verwaltung eines Verlags, der sich vor kurzem im staatlichen Eigentum befunden hat.

Die Kontroverse zwischen den Zeitungredaktionen und den neuen Hauseigentümern kann sich bereits auf eine ziemlich lange Geschichte zurückblicken.

Ende 2004 privatisierte die Versicherungsgesellschaft „Sapad-reserv“ die Produktionskapazitäten des polygraphischen Druck- und Verlagskomplexes „Saporoshje“, und gleichzeitig das benannte administrative Gebäude, das als Immobilienteil zählte.

Wie die Privatisierung vonstatten gegangen ist, kann bis jetzt kein einziger Mensch Aufschluss geben. Über diesbezügliche Informationen verfügen ebenfalls die Abgeordneten des Regionalrats nicht. Obwohl in der Amtszeit des Chefs der staatlichen Saporoshskaja Regionaladministration, Wladimir Beresowskij, privatisiert wurde, fehlt seine Unterschrift auf den diesbezüglichen rechtlichen Dokumenten: sie wurden vom stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalrats, Alexander Bereshnoj, und dem ersten stellvertretenden Administrationschef unterzeichnet. Wladimir Beresowskij hat bis jetzt den Posten des Vorsitzenden des Regionalrats inne. Über diese so genannte Privatisierung wusste man in den Redaktionen nichts, bevor die neuen Eigentümer verlangten, die bestehenden Mietverträge mit dem „Saporoshje“ neu abzuschließen. Dabei legten die Eigentümer die Miethöhe wie für Handelsorganisationen, obwohl sie nicht einmal kleine Instandsetzungen, geschweige denn bauliche Verbesserungen, unternommen hatten.

Die erste Mahnung erfolgte für die Journalisten der regionalen Massenmedien, als die neuen Eigentümer Anfang 2005 die Presse-Bar zumachen, in der alle Pressekonferenzen stat-

tfanden. Die Journalistenorganisation wandte sich an alle Instanzen, der Konflikt wurde geregelt, doch die regionale Macht wollte nicht, wie zunächst versprochen, auf die Frage der Rechtmäßigkeit der Privatisierung eingehen. Die zweite Runde der Strittigkeiten setzte vor zwei Monaten an, als die Eigentümer erneut die Umschließung der Mietverträge forderten und die Tarife erhöhten.

Die Chefredakteure der drei betroffenen Zeitungen bereiteten mit Hilfe der Journalistenorganisation einen Antrag an den Regionalrat mit der Bitte vor, die rechtmäßigen Grundlagen der Privatisierung zu prüfen. Während der Pressekonferenz mit der Führung der Volkspartei der Ukraine, Wladimir Litwin, wurde dieser Antrag offiziell Wladimir Beresowskij und der Führung der Parlamentsfraktion der Volkspartei in der Werchownaja Rada eingehändigt. Trotz seines Versprechens setzte Wladimir Beresowskij die Frage über die Rechtmäßigkeit der Privatisierung nicht auf die Tagungsagenda des Regionalrats, der erst 40 Tage später unter dem Druck der regionalen Journalistenorganisation eine Klage an das Wirtschaftliche Gericht einreichte. Inzwischen riefen auch die Journalisten Gerichte an. Außerdem wandten sie sich in dieser Frage mehrmals an die Staatsanwaltschaft, weil sie permanentem Druck seitens der neuen Eigentümer ausgesetzt werden.

Vor zwei Wochen schalteten die neuen Eigentümer eigenhändig und ohne jegliche Vorwarnung bzw. Erklärung in der Redaktion der Zeitung „Nasche wremja“ die Stromversorgung ab. Die darauf folgende Beschwerde der Redaktion bei der Staatsanwaltschaft zeitigte keine Ergebnisse. Am 24. Oktober wandten sich die Chefredakteure, nach dem erneuten Angriff der neuen Eigentümer auf die Redaktion der Zeitung „Nasche wremja“, an die regionale Staatsanwaltschaft, die den Bezirksstaatsanwalt beauftragte, die Situation vor Ort zu klären. Als aber die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft eintrafen, konnten sie keine



Jaroslaw Suchij

zuständige Person aus der Geschäftsführung der neuen Eigentümer ausfindig machen.

Um 11.00 Uhr führten die Chefredakteure der drei Zeitungen eine dringende Beratung durch, zu der auch der Abgeordnete der Werchownaja Rada, Jaroslaw Suchij, angereist war. Weder Vertreter der staatlichen Saporoshskaja Regionaladministration, noch die des Regionalrats waren auf der Journalistenversammlung zugegen, obwohl sie benachrichtigt wurden. Die Aussprache der Situation verlief überaus stürmisch. Die Angehörigen der Massenmedien führten eine Menge von urkundlichen Fakten an, die die unrechtmäßige Privatisierung des Objekts und zahlreiche Verletzungen der Verfassung und der anderen Gesetze der Ukraine bestätigen, deren Missachtung von den Amtspersonen des Eigentümers strafrechtliche Verantwortung nach sich zieht.

Viele Journalisten sprachen ebenfalls ihre Meinung über die Ursachen aus, warum sich die Macht in diesem Konflikt derartig teilnahmslos verhält. Obwohl der Gebäudekomplex von einer unbekanntenen Gesellschaft privatisiert wurde, benannte man unter den eigentlichen Eigentümern eine mächtige Industrie- und Finanz-

gruppe aus Saporoshje, die heute faktisch die Stadt regiert. Als Beweis führte man u. a. an, dass die Zeitungen dieser Gruppe keinerlei Verfolgungen verspüren. Die Chefredakteure und Journalisten wandten sich an Jaroslaw Suchij mit der Bitte, eine außerplanmäßige Tagung des Regionalrats zu initiieren, um die Frage der Rechtmäßigkeit der Privatisierung zu behandeln. Jaroslaw Suchij versprach die Mitwirkung aller Volksabgeordneten aus der Saporoshskaja Region und versicherte, er werde Abgeordnetenfragen an alle Machtorgane, darunter die Generalstaatsanwaltschaft, zukommen lassen.

Nach dieser stürmischen Aussprache übernahm Jaroslaw Suchij die Verantwortung, indem er persönlich mit der Metallkreissäge die Türbänder abgesägt und die Mitarbeiter in die Redaktion eingelassen hatte. Leider konnten sie an der nächsten Zeitungsausgabe sowieso nicht arbeiten, weil der Strom nach wie vor ausgeschaltet war. Doch die Chefredakteurin der Zeitung „Nasche wremja“, Ludmila Marinjuk, versicherte, dass die Leser nicht benachteiligt würden, da das Kollektiv schon zwei Ausgaben auf den Redaktionsflächen und mit der Technik der Kollegen vorbereitet hatte.

Am gleichen Tag fand ebenfalls eine dringende Sitzung des Sekretariats der regionalen Journalistenorganisation statt, die über eine Meldung an die Machbehörden in Kiew beschloss und von der regionalen Macht, einschließlich der Machtgremien, verlangte, sich umgehend in die Situation einzumischen“.

**Indem sie
die Pressefreiheit vor
der Parlamentswahl
niederdrückt, versucht
die Macht um die
Schließung einer
Zeitung**

■ Das Redaktionskollektiv der

Zeitung „Narodnoje slowo“ ließ einen Offenen Brief an den Chef der staatlichen Kirowogradskaja Regionaladministration, Eduard Sejnalow, verbreiten, in dem u. a. festgestellt wird:

„Wir sehen uns aus zwei Gründen gezwungen, Sie auf diese Weise anzusprechen. Erstens, meiden Sie ein Treffen mit uns und sind der erste Chef der staatlichen Regionaladministration in der Geschichte der Region, der sich weigert, das Kollektiv der Zeitung zu sprechen, zu deren Gesellschaftern auch die Regionaladministration gehört. Zweitens, sind wir verpflichtet, die Leserschaft über Ihre Pläne hinsichtlich der Vernichtung der Zeitung „Narodnoje slowo“ zu informieren, die bereits seit fünfzehn Jahren eine objektive Informationsquelle darstellt und ihre Interessen verteidigt.

Wir sind darauf stolz, dass wir in der ganzen Zeit, wo die Zeitung existiert, auf die Behauptung der ukrainischen Staatlichkeit und der gesellschaftlichen Demokratie hin arbeiten. Wir wollten uns nie mit Ungerechtigkeiten seitens der Macht abfinden und brachten immer unsere Haltung ihr gegenüber zum Ausdruck. So geschah es insbesondere nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl. Wir drückten kein Auge für zahlreiche Verletzungen des Wahlgesetzes, die es in der Region gab, und setzten uns dagegen ein. Wir hofften, dass der Machtwechsel im Land zum Ausbau der Demokratie, zur Behauptung einer echten Meinungs- und Pressefreiheit führen würde. Darauf hofften übrigens dutzende Millionen Ukrainer, die Wiktor Juschtschenko unterstützten.

Doch bereits in den ersten Tagen seit dem Amtsantritt haben Sie eine merkwürdige Haltung gegenüber der „Narodnoje slowo“ eingenommen. Sie taten es so, als existierten wir nicht. Um Sie zu treffen, musste der Chefredakteur einige Wochen lang ihr Vorzimmer anrufen oder Schreiben zukommen lassen. In dem Zeitraum, in dem Sie die staatliche Regionaladministration leiten, haben wir für keinen

einigen Monat rechtzeitig finanzielle Mittel für die Berichterstattung über die Regionaladministration und den Regionalrat, die im regionalen Haushalt vorgesehen sind, ohne zusätzliche Anstrengungen bekommen können. Augenblicklich aber ist die finanzielle Unterstützung der Zeitung gar eingestellt, obwohl Sie die Regelung dieser Frage mehrmals versicherten und sogar entsprechende Anweisungen Ihren Vertretern erteilten. Die Schulden der Gesellschafter vor der Redaktion belaufen sich für die Berichterstattung über ihre Tätigkeit auf über 100.000 Griwna.

Auf der anderen Seite hat die Redaktion bedeutende Verpflichtungen vor der Druckerei, den Papierzulieferern, kann ihren hauptamtlichen und freien Mitarbeitern keine Gehälter und Honorare für den vergangenen August auszahlen. Etwas Ähnliches ist mit der „Narodnoje slowo“ noch nie passiert. Darüber hinaus leistet die Regionaladministration keinen Beistand im abonnementsbezogenen Vertrieb der Zeitung, obwohl sie dazu vertraglich verpflichtet ist.

Heutzutage begreifen wir schon, dass eine solche Entwicklung keinesfalls zufällig ist. Die staatliche Regionaladministration versuchte, auf die Tagungsagenda des Regionalrates die Frage der Liquidation einiger kommunaler Betriebe zu setzen, darunter ging es um die Abschaffung der Zeitung „Narodnoje slowo“ und Gründung eines „regionalen Media- und Verlagszentrums“. Wie in dem entsprechenden Beschlussentwurf festgeschrieben ist, erfolge das „zur komplexen Regelung der informativen Sicherstellung der Tätigkeit des Regionalrats und der staatlichen Regionaladministration“. Die Abgeordneten des Regionalrats lehnten diesen komischen Vorschlag ab. Genau so komisch ist, dass wir das erste Mal über ein vermeintliches Problem mit der Berichterstattung über die Tätigkeit der Zeitungsrinder vernahmen.

Selbst der Versuch, diese Frage ohne eine breite Aussprache und unter Ausschluss der Mei-



Igor Lubtschenko

nung des Zeitungskollektivs zeugt davon, dass die Regionaladministration geheime Pläne aushegt, die aber auszurechnen ein Leichtes wäre. Sie lassen sich vor allem mit der kommenden Parlamentswahl verbinden. Es ist bekannt, dass die Partei „Volksunion „Nascha Ukraina“, deren regionale Organisation Sie leiten, keinesfalls mit einem solchen Vertrauen der Bevölkerung rechnen kann, das ihr die Mehrheit in der Werchowonaja Rada und den örtlichen Selbstverwaltungsorganen garantieren würde. Auf der anderen Seite wird es Ihnen die Öffentlichkeit nicht erlauben, administrative Ressourcen einzusetzen, wie es Ihre Vorgänger pflegten. Deshalb beabsichtigen Sie uns zu neutralisieren und die Zeitung willig zu machen“.

Indem die Journalisten gegen die Handlungen der Macht protestierten, traten sie in den Hungerstreik. Der Vorsitzende des Nationalen Journalistenverbands, Igor Lubtschenko, unterstützte das Redaktionskollektiv: „Ende des vergangenen Jahres setzte sich die Kirowograd-er Zeitung „Narodnoje slowo“ gegen zahlreiche Unregelmäßigkeiten auf der Präsidentschaftswahl ein, während die staatliche Regionaladministration, die die Zeitung mit-

begründet hatte, im Haushalt um das 4fache weniger Zuschüsse vorsah.

Ohne jegliche Aussprache mit dem Kollektiv der „Narodnoje slowo“ stellte die neue regionale Führung die Finanzierung der Zeitung sogar ganz ein, indem sie gleichzeitig versuchte, sie zu reorganisieren und ihr die Rechte einer juristischen Person zu entziehen.

Bereits am 27. September habe ich den Präsidenten der Ukraine über die entstandene Situation informiert und vorgeschlagen, die Frage über das Verhältnis zwischen der Macht und den Massenmedien in der Kirowogradskaja Region auf die Tagesordnung des Rates für Informationsspolitik beim Präsidenten der Ukraine zu setzen. Eine Antwort aus der Bankowaja-Straße* ist bislang nicht eingegangen.

Die staatliche Regionaladministration versuchte doch abermals die Reorganisation der Zeitung „Narodnoje slowo“ durchzudrücken.

Ihr Kollektiv schätzte es als Eingriff in die Pressefreiheit und beschloss für den 31. Oktober einen fristlosen Hungerstreik. Der Nationale Journalistenverband der Ukraine bringt seine Solidarität mit den Kollegen aus der „Narodnoje slowo“ zum Ausdruck.

Ich möchte mich an das Staatsoberhaupt als Garant der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Bürger der Ukraine wenden: wieso bleiben die frechen Missachtungen der verfassungsmäßigen Normen, Ihrer öffentlichen Versicherungen über die Behauptung der Pressefreiheit in der Ukraine, darüber, dass sich die Macht nicht in die Tätigkeit der Massenmedien und Journalisten einmischen werde, seitens des Chefs der staatlichen Kirowogradskaja Regionaladministration straflos? Die Journalisten erwarten von Ihnen, Wiktor Andrejewitsch, eine deutliche und eindeutige Einschätzung der Tätigkeit Herrn Sejnalows, des Chefs der staatlichen Kirowogradskaja Regionaladministration. Ohne konkrete Reaktion auf seine Verhaltensweise bleiben alle Versicherungen

* In dieser Straße im Stadtkern Kiews befindet sich der Sitz des präsidentialen Sekretariats.

über den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit nur öffentliche Rhetorik“.